

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeiter Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbarung auf Postcheckkonto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Zeiter Straße 30, IV. (Volkshaus). — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 47

Sonnabend, den 21. November 1925

29. Jahrgang

## Man redet immer noch vom Preisabbau!

Seit dem 8. August, wo der derzeitige Reichskanzler im Reichstag das Versprechen der Regierung abgab, ab 1. Oktober die Preise zu senken, will die Diskussion über den Preisabbau nicht mehr verstummen. Am 4. November waren Vertreter des Handwerks und des Kleinhandels aus der Lebensmittelbranche beim Reichskanzler Dr. Luther, wo im Beisein einiger Minister eine Aussprache über die Preisentlastungsaktion stattfand. Die amtliche Vereinbarung von dieser Botschaft erschöpfte sich in folgendem Satz: „Ungeachtet einiger Beschwerden, die die Gewerbetreibenden über die praktische Durchführung der Regierungsaktion vorzubringen hatten, bestand völliges Einverständnis darüber, daß die Preisentlastungsaktion mit größtem Nachdruck gegenüber allen Wirtschaftsgruppen durchzuführen sei.“ Wir wollen uns hierüber eines Urteils enthalten, gefastet uns jedoch, ein großes Fragezeichen hinter diese positiv ausgesprochene Erklärung zu setzen.

Interessant ist es, was man von den Anstrengungen der Regierung der Einzelhändler in der Richtung der Preisentlastung vernimmt. Namentlich ist es ergötlich zu sehen, wie sich ausgesprochene Rechtsregierungen an der Sache vorbeizudrücken versuchen. Die württembergische Regierung z. B. hat von Anfang an die Sache auf die Gemeinden abzumwälzen versucht. In einem neuerlichen Erlaß der dortigen Regierung heißt es u. a.: „Warum sollten die Verbraucher nicht auch einmal auf diese oder jene Waren eine Zeitlang verzichten können, bis der Verkäufer merkt, daß er bei billigeren Preisen und größerem Umsatz immer noch besser fährt? Man überlasse es dem Verkäufer, sich mit seinem Lieferanten auseinanderzusetzen. Es ist ihm klarzumachen, daß ohne eine Senkung der Preise der Umsatz stößt. Man glaubt also, seitens der württembergischen Regierung der Sache genügend gebient zu haben, wenn man die Käufer und die Verkäufer gegeneinander aufsetzt und im übrigen der Meinung ist, daß die Verbraucher ruhig so lange auf eine Ware verzichten sollen, bis der Verkäufer merkt, daß er bei billigeren Preisen und größerem Umsatz immer noch besser fährt. Das nennt die Welt Preisabbau von Staats wegen!“

Das Ministerium von Mecklenburg-Strelitz muß ebenfalls in einem Ausruf zugestehen, daß die Preisentlastungsaktion ins Wasser gefallen ist. In dem Ausruf steht man u. a.: „Das Ministerium hat zu seinem Bedauern festgestellt, daß die Bestrebungen der Preisregierungen, die Preise vor allem aber solche für Lebensmittel und Gegenstände des täglichen Bedarfs auf ein einheitliches Maß zurückzuführen, von den Handels- und Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz gar nicht bzw. ungenügend unterstützt werden.“ Was stören sich die Gewerbetreibenden in Mecklenburg-Strelitz und anderswo um die Abmachungen der Reichsregierung? Man läßt diese sich mit ihrer Preisentlastungsaktion ruhig blamieren. Weiß man auf der anderen Seite doch ganz genau, daß man vor schärferen Zugriffen verschont bleibt.

Bei den Markenartikeln haben sich die Einzelhändler sehr energisch gegen den Preisabbau gewehrt, wenn dabei auch die Rabattsätze ermäßigt wurden. „Am schärfsten prägen sich diese Dinge“, so lesen wir hierüber im B. L., „in der Zigarettenindustrie aus. Hier ist es dem Zusammenarbeiten von Regierung und Großbetrieben gelungen, trotz der neuen Steuerbelastung die alten Marken und ihre Preise zu halten. Dabei ging man von der Erwägung aus, daß es gerade für diese Industrie, die infolge ihrer Überlieferung ganz besondere Schwierigkeiten zu überwinden hat, wesentlich ist, daß der Umsatz möglichst groß erhalten wird, und daß dazu niedrige Preise eine Vorbedingung bilden. Der Handel wehrt sich nun aber vielfach gegen diese Politik mit äußerster Energie. In den Fachzeitschriften und noch größer in den Resolutionen der Fachorganisationen wird mit größter Schroffheit gefordert: Fort mit den billigen Marken, höhere Preise und die alten Rabattsätze! Verschleiernd wird sehr energisch mit dem Boykott der Fabriken gedroht, die den Wünschen der Regierung gefolgt sind. Ähnliche Vorgänge spielen sich auch in der Seifenindustrie und im Seifenhandel und auch noch in anderen Industriezweigen ab.“ So denkt der Kleinhandel in den Branchen der Markenartikel über den Preisabbau. Man darf sich nicht wundern, denn es geschieht ihnen doch nichts.

Es gibt auch noch andere Kreise, die über den Erfolg der Preisentlastungsaktion der Regierung sehr pessimistisch urteilen. So schreibt die Dresdner Bank in ihrem Monatsbericht vom 1. November: „Nach sind die einer durchgreifenden Aufwärtsbewegung der deutschen Wirtschaftsentwicklung entgegenstehenden Erscheinungen nicht beiläufig, die für die Beurteilung der allgemeinen Konjunkturmaßgebenden Indizes bestätigen den von Widersprüchen nicht freien Übergangscharakter der jetzigen Periode. So weist zwar der letzte Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts eine Senkung um 2 Prozent gegenüber dem Preisstand vor 14 Tagen auf. Irrendwelse Folgerungen bezüglich des Erfolges der Preisentlastungsaktion der Regierung können daraus jedoch nicht gezogen werden; der Rückgang des Index ist lediglich auf die Senkung der Preise für landwirtschaftliche Artikel zurückzuführen; während der Index für die Industrieerzeugnisse von 132,8 auf 133,8 gestiegen ist. Bei den Konsumwaren ist von einem Preisrückgang sehr wenig zu merken.“ Die Dresdner Bank dürfte so ziemlich das Richtige getroffen haben: von einem Rückgang der Preise ist tatsächlich nichts zu merken.

Trotzdem redet man noch immer vom Preisabbau. Die ganze Aktion wird zu einem großen Fiasko werden, das ist heute schon mit absoluter Sicherheit vorzusehen. Doch die Arbeiter, Angestellten und Beamten haben es von sich aus in der Hand, zu dem Preisabbau beizutragen. Dies geschieht am wirksamsten durch den Massenbeitrag in die Konsumvereine. Das Statistische Landesamt in Hamburg hat festgestellt, daß der dortige Konsumverein „Produktion“, einer der meistergütigsten in seiner Art, durchweg 6 Prozent unter dem allgemeinen Preisniveau geliebt ist. Der Nutzen der konsumgenossenschaftlichen Organisation dürfte also klar ersichtlich sein. Je massenhafter die arbeitende Bevölkerung diesen Organisationen beiträgt, je mehr sind sie in der Lage, verbilligt zu wirken. Der Nutzen steigert sich mit der Größe der Konsumvereine. Deshalb sollte niemand zögern, den Eintritt sofort zu vollziehen. Damit tragen die großen Massen von sich aus zum Preisabbau am meisten bei. Das andere wird sich als ein großer Bluff entpuppen, in Szene gesetzt, um Zollbelastung und andere Schandtatzen nicht wirksam werden zu lassen.

## Gewerkschaften und Kartelle.

Die Reichsregierung hat bekanntlich dem „Volke“ „verkündet“, daß mit dem 1. Oktober 1925 ein „Preisabbau“ einlehen würde. Zu diesem Zwecke würden die Umsatzsteuer abgebaut, die Frachten auf eine Reihe Artikel und der Reichsbankzinsfuß ermäßigt, wie den Unternehmerartikeln gedroht, daß man scharfe Maßnahmen ergreifen werde, wenn nun kein Preisabbau einlehen würde. Das Resultat war, daß die Preise fast alle weiter gestiegen sind, soweit die bereits erfolgte Steigerung nicht bereits soweit ging, daß sie aus allgemeinen Abzahgründen etwas abgebaut werden mußte, was aber ganz unabhängig von den „Maßnahmen“ der Regierung geschah und dem „Volke“ zudem wenig nützt. Dagegen hat man mit Hilfe der amtlichen Lohnfestsetzung die Löhne mit Erfolg niedriger gehalten.

Den Kartellen wurde durch die geschaffenen Zoll- und Steuererleichterungen geradezu der Boden für üppiges Gedeihen bereitet. Die Regierung schuf also ihren Gegnern Waffen, um sie zu „bekämpfen“. In Wirklichkeit handelt es sich ja auch bei Regierung und Unternehmern um die berühmten Gräben, die sich kein Auge aushaden. Das Mittel der Regierung zur Bekämpfung der Kartelle war die Kartellverordnung, deren wichtigste Paragraphen zum besseren Verständnis nachstehend im Wortlaut folgen:

Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923.

§ 1.

Verträge und Beschlüsse, welche Verpflichtungen über die Handhabung der Erzeugung oder des Absatzes, die Anwendung von Geschäftsbedingungen, die Art der Preisfestsetzung oder die Forderung von Preisen enthalten (Syndikate, Kartelle, Konventionen und ähnliche Abmachungen) bedürfen der schriftlichen Form.

§ 2.

Gefährdet ein Vertrag oder Beschluß der in § 1 bezeichneten Art oder eine bestimmte Art seiner Durchführung die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl, so kann der Reichswirtschaftsminister

1. beim Kartellgericht beantragen, daß der Vertrag oder Beschluß für nichtig erklärt oder die bestimmte Art seiner Durchführung untersagt wird (§ 7);
2. anordnen, daß jeder an dem Vertrage oder Beschlüsse Beteiligte jedweden zeitlichen den Vertrag kündigen oder von dem Beschlusse zurücktreten kann;
3. anordnen, daß ihm Abschrift aller zur Durchführung des Vertrages oder Beschlusses getroffenen Vereinbarungen und Verfügungen einzureichen ist und daß diese Maßnahmen erst nach Zugang der Abschrift in Kraft treten.

Die Gesamtwirtschaft oder das Gemeinwohl ist insbesondere dann als gefährdet anzusehen, wenn in volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigter Weise die Erzeugung oder der Absatz eingeschränkt, die Preise gesteigert oder hochgehalten oder im Falle wertbeständiger Preisstellung Zuschläge für Wagnisse (Risiken) eingerechnet werden, oder wenn die wirtschaftliche Freiheit durch Sperren im Einkauf oder Verkauf oder durch Festsetzung unterschiedlicher Preise oder Bedingungen unbillig beeinträchtigt wird.

§ 3.

Verträge oder Beschlüsse der § 1 bezeichneten Art kann jeder Beteiligte fristlos kündigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt.

Als wichtiger Grund ist es immer anzusehen, wenn die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit des Kündigenden, insbesondere bei der Erzeugung, dem Absatz oder der Preisgestaltung, unbillig eingeschränkt wird.

Darüber, ob die Kündigung zulässig war, entscheidet im Streitfalle das Kartellgericht auf Antrag eines Beteiligten. Der Antrag ist binnen zwei Wochen nach Zugang der Kündigung zu stellen. Wird der Antrag nicht innerhalb dieser Frist gestellt, so gilt die Kündigung als wirksam erfolgt.

§ 4.

Auf Grund von Verträgen oder Beschlüssen der in § 1 bezeichneten Art dürfen ohne Einwilligung des Vorsitzenden des Kartellgerichts Sicherheiten nicht verwertet und Sperren oder Nachteile von ähnlicher Bedeutung nicht verhängt werden.

Die Einwilligung ist zu verweigern, wenn die Maßnahmen eine Gefährdung der Gesamtwirtschaft oder die Bewegungsfreiheit des Betroffenen unbillig einschränken würde.

Die Einwilligung gilt als erteilt, wenn der Vorsitzende binnen drei Wochen seit Eingang des Eruchens um Einwilligung eine Entscheidung nicht getroffen hat.

Die Regierung kann hiernach beantragen, daß das Kartellgericht die Kartellverträge für nichtig erklärt, sie kann anordnen, daß die Kartellmitglieder fristlos vom Kartellvertrage zurücktreten können und daß alle Beschlüsse einzureichen sind. Das Mitglied des Kartells kann aus wichtigem Grunde vom Vertrage zurücktreten. Strafmaßnahmen bedürfen der Zustimmung des Vorsitzenden des Kartellgerichts. Damit kann das Kartell gegen den Willen der Regierung oder des Kartellgerichts keine Bindungen seiner Mitglieder vornehmen oder durchführen. Das ist sehr weitgehend und darf in seiner Bedeutung doch nicht überschätzt werden. Denn es gibt kein Mittel, dem Kartell oder seinen Mitgliedern zu verbieten, alle Beschlüsse freiwillig anzuerkennen. Das werden unsere Unternehmer regelmäßig tun und man kann es ihnen von ihrem Klasseninteresse aus auch nicht verdenken. Das Kartell ist noch nicht einmal gezwungen, Beschlüsse schriftlich zu fassen, es kann sie mündlich und geheim den Mitgliedern weitergeben, gehalten werden sie in der großen Mehrzahl der Fälle sicher. Die Unternehmer haben von den Arbeitern die Solidarität gelernt.

Dagegen haben die Unternehmer den Spieß umgedreht und sie verlangen, daß die Regierung auch die Kartelle der Arbeit gleichermäßen ansah. Man will also den Gewerkschaften ihre Aufgaben beschneiden. Die Gewerkschaften haben in ihrem berechtigten Kampfe gegen die Auswüchse der Kartelle gar nicht beachtet, daß die Kartellverordnung die Vereinigungsfreiheit des Artikels 159 der Reichsverfassung tatsächlich einengt, was nach der Verfassung rechtswidrig ist und wogegen sich gerade die Gewerkschaften wenden müßten. Eine ganze Anzahl Unternehmervereinigungen haben der Reichsregierung Beschlüsse übermittelt, in denen sie die Unterstellung der Gewerkschaften unter die Kartellverordnung fordern, zum Beispiel der Hanlabund, die Vereinigung deutscher Speditoren, die Industrie- und Handelskammer Mainz, der Deutsche

Industrie- und Handelstag und der Verband der mitteldeutschen Industrie. Die Unternehmer sind immer sehr klug.

Die Gefahr, daß die Regierung derartige Wünsche befriedigt, ist — abgesehen von der Wirkung des Schlichtungswesens — nicht sehr groß, trotzdem müssen die Gewerkschaften auf der Hut sein. Man sehe sich nur die Kartellverordnung an, um zu erkennen, daß sie auf die Gewerkschaften nicht anwendbar ist, abgesehen von der Unzulässigkeit der Anwendung überhaupt. Allenfalls käme die Ungültigkeit eines Tarifvertrages oder der Verzicht auf Tariflohn in Frage, im übrigen kennen die Gewerkschaften ja gegenwärtig noch keinen Zwang gegenüber ihren Mitgliedern. Dies alles sei aber nur angedeutet, es ist ausgeschlossen, daß solche Entwicklung praktisch in Frage kommt. Zusammenfassend ist das nur ein Schulbeispiel für die unübertreffliche Unvorsichtigkeit der Unternehmer, die eben alles auf den Kopf stellen können, ohne mit der Wimper zu zucken.

Gewerkschaften und Kartelle haben gewisse Ähnlichkeiten, beide regeln die Wirtschaft, beide regulieren Angebot und Nachfrage, beide schaffen die Grundlagen des Absatzmarktes. Diese Ähnlichkeiten sind aber rein äußerlich, tatsächlich sind die Motive und der Effekt immer verschieden. Die Unternehmerkartelle wollen das Unternehmerrmonopol sichern, sie wollen die Profitrate garantieren und sie verfolgen keinerlei kulturelle Zwecke. Die Gewerkschaften wollen dagegen die Lebenslage der Mehrheit der Bevölkerung heben und den Anteil dieser Mehrheit der Bevölkerung an den Kulturwerten sichern. Die Kartelle der Unternehmer sind Profitgesellschaften, die Gewerkschaften sind Kulturgemeinschaften. An diesem gewaltigen Unterschied scheitern alle Versuche der Gleichstellung.

Die Gewerkschaften müssen die Entwicklung der Kartelle und der Kartellverordnung aufmerksam verfolgen. Jeder Versuch der Gleichstellung von Kartellen und Gewerkschaften ist zu bekämpfen. Die energische Anwendung der Kartellverordnung kann man sehr wohl verlangen, ohne in dem Glauben zu leben, damit viel zu erreichen. Erst wenn die Unternehmer sehen, daß ihr Druck auf die Arbeiter erfolglos ist, werden sie sich von der Kartellpolitik abwenden und wieder der Produktion widmen. Die großen Unternehmen und die Konzerne bilden so schon den Keim der Zerstörung innerhalb der Kartelle. Die Entwicklung zu fördern ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die Leitidee des Referates von Professor Dr. Hermberg auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress war, die Gewerkschaften sollen aktive Lohn- und Sozialpolitik treiben, um den Unternehmern das Gesch des Handelns vorzuschreiben. Gegenwärtig weichen die Unternehmer noch nach der Arbeiterseite, als der Linke des geringsten Widerstandes aus. Durch starke Gewerkschaften werden die Unternehmer zur Rationalisierung und scharfer Kalkulation gezwungen. Starke Gewerkschaften müssen die Arbeiter schaffen. Darum lautet auch hier die Parole: Sine in die Gewerkschaften! Uns hilft kein „behördlicher Preisabbau“ und keine „Kartellbekämpfung“, wir müssen uns selber helfen!

## Die Bayerische Automobilversuchstraße.

Im vorigen Monat ist die Automobilversuchstraße Garching bei Holzkirchen dem Verkehr übergeben worden, die nach unserer Ansicht die größte und umfangreichste Automobilversuchstraße in Deutschland ist. In einer Länge von rund 18 Kilometer ist eine große Anzahl neuer und alter Straßendeden mit den unterschiedlichsten Bauverfahren ausgeführt worden. Die Straße selbst, eine der südlichen Ausfallstraßen Münchens nach den bayrischen Voralpen, wird von dem Kraftwagenverkehr außerordentlich frequentiert. Verkehrszahlen stehen uns leider nicht zur Verfügung. Doch ist diese Straße vor reichlich 25 Jahren schon, beginnend in München-Giesing, mit einer Grobplasterdecke versehen worden, die trotz ihres Alters sich außerordentlich gut gehalten hat. Von der Ortschaft Garching bis Unterhaching ist zu gleicher Zeit nur die eine Straßenhälfte mit Grobplaster versehen, während früher die andere Seite Malsambefestigung hatte. Auch dieses alte Grobplaster ist heute noch in solch guter Beschaffenheit, daß bei dem Ausbau dieser Straße als Automobilversuchstraße dieses Plaster vollkommen unzerändert gelassen werden konnte. Jedenfalls ein Beweis, daß das Steinplaster für auf dieser Straße besonders gut bewährt und erhalten hat. Diese Automobilversuchstraße hält die Straße (Wegstrecke) der alten Staatsstraße vollkommen inne; sie berührt eine ganze Reihe Ortschaften. Selbstverständlich mußte angesichts dessen diese neue Versuchstraße auch die Nachteile, die in der alten Trassierung liegen, mit übernehmen. Es sind dies besonders einige für den Schnellverkehr schwierige Kurven und die verhältnismäßig geringe Breite dieser Straße. Im Durchschnitt ist die Straßbreite außerhalb der Ortschaften 6 Meter, in den Ortschaften selbst vergrößert sie sich, ohne gleichmäßig zu sein. Trotz alledem aber wird man den Ergebnissen der Wirtschaftlichkeit und Leistung der äußerst zahlreichen eingebauten Straßendeden mit dem größten Interesse entgegensehen müssen. Besonders die Mannigfaltigkeit der Straßendeden ist eine weit größere, als es auf der unsern Lesern bekannten Automobilversuchstraße in Braunshweig der Fall ist.

Von dem Orte Garching bei München beginnend, ist die Hälfte der Straße in einer Länge von 1860 Meter mit Kleinplaster versehen worden. Das Material lieferte die Granit-Atien-Gesellschaft Regensburg. Schon oben ist gesagt, daß die andere Straßenhälfte mit 25 Jahre altem Grobplaster versehen ist, das sich außerordentlich gut erhalten hat. Das Kleinplaster ist in Segmentbogenform in der üblichen Weise von der Firma J. Pauli-München hergestellt worden. An dieses Kleinplaster schließt sich eine Strecke neues Grobplaster in einer Länge von 104 Meter an. Dem folgt eine 330 Meter lange Strecke von Mansfelder Kupferschlackensteinen, welche zum Teil in diagonalen und zum Teil in geraden Reihen über die ganze Straßbreite verarbeitet worden ist. In 150 Meter Länge schließt sich dem Schlackenplaster in ganzer Straßbreite wiederum Kleinplaster an. Diese drei Strecken führte Pfistermeister F. W. Noth-München aus. Die vorstehend genannten Steinplasterdecken befinden sich in geschlossenen Ortschaften.

Von besonderem Interesse sind die Betondecken dieser Versuchstraße für unsere Kollegen. Als erste ist eine Kiesandbetondecke in einer Stärke von 15 Zentimeter verlegt worden, welche mit Eisen armiert und deren Oberfläche geteert ist. Dieser Strecke schließt sich eine weitere Kiesandbetondecke ohne Eisenarmierung an. Die Stärke dieser ist 18 Zentimeter und die Oberfläche ist ebenfalls geteert worden. Die Länge dieser Strecke beträgt 250 Meter. Auf einer weiteren 250 Meter langen Strecke ist die Betondecke im zweimaligen Arbeitsprozeß ausgeführt worden. Der

Unterbau besteht aus einer 10 Zentimeter starken Betonplatte, auf die eine 5 Zentimeter starke Oberflächenschicht, bestehend aus „Serpentinbalkspalt“, Quarzsand und Zement aufgetragen wurde. Die Oberfläche hat einen Wasserglasanstrich erhalten, das Ganze ist mit Eiseneinlagen armiert. Im Anschluß an diese Decke ist eine 1000 Meter lange Straße Betonpflaster ohne Eiseneinlagen ausgeführt, die ebenfalls aus einem 10 Zentimeter starken Unterbeton und aus 5 Zentimeter starkem Oberbeton aus demselben Material wie die vorhergehende besteht. Ebenso ist sie mit Wasserglasanstrich versehen worden. Über 8 Meter befinden sich in dem Betonkörper Dehnungsfugen, welche mit Asphalt ausgegossen sind. Nur eine geringe Straßenwölbung, welche diese Betonplatte auf. Interessant ist, daß in Kurven diese Wölbung überhaupt fortfällt, und daß die Außenturbo gegenüber der Innenturbo, analog den Radrennbahnen, natürlich nicht mit den gleichen Ausmaßen, überhöht ist. In 8 Meter langen Anläufen (von einer Dehnungsfuge zur andern) ist diese Betonplatte fertiggestellt worden. Es fällt dem Beobachter auf, daß ein Abfall in der Ausführung oft einem andern nicht gleicht, wenigstens was die Bearbeitung der Oberfläche anbetrifft. Ausgeführt wurden diese verschiedenen Betonstrassen von den bekannten Großfirmen der Betonindustrie.

Als weitere Straße schließt sich diesem in 500 Meter Länge eine Soliditbetondecke an. Solidit ist ein Qualitätszement, der nur kurze Zeit zum Abbinden benötigt. Auch hier ist ein Unterbeton in der Höhe von 4-10 Zentimeter und ein Oberbeton von 6,5 Zentimeter in zweimaligem Arbeitsverfahren verwendet worden. Die Dehnungsfugen verlaufen diagonal ebenfalls in Zwischenräumen von 8 Meter. Die Oberfläche ist mit einem Wasserglasanstrich versehen worden.

Durch das Straßen- und Flußbauamt München ist anschließend eine 240 Meter lange Straße gewöhnlichen Kalkfotter mit Wasser gebunden hergestellt worden. Es ist äußerst interessant an dieser Straße die zerstörenden Wirkungen des Kraftwagenverkehrs zu erkennen. Trotz des nur wenige Wochen währenden Verkehrs zeigt sich schon in der Straßendecke mit aller Deutlichkeit, daß wassergebundene Schotterdecken dem Kraftwagenverkehr nicht standzuhalten in der Lage sind. Ein weiterer Versuch, durch die gleiche Behörde ausgeführt, ist eine 260 Meter lange wassergebundene Kalkfotterdecke, welche mit einem Siltatzulag „Betonat“, das von einer pfälzischen Firma hergestellt wird, behandelt worden ist.

Die nächste Versuchsstrecke hat als Baustoff zerkleinerte Hochofenschlacke zur Grundlage. Diese ist als Teerbeton in Kaltverfahren eingebaut worden. Auch hier wurden nacheinander zwei Schichten in Höhe von zusammen 9 Zentimeter aufgetragen. Ausgeführt ist diese von der Deutschen Wegebaugesellschaft m. b. H., Düsseldorf. Dieser Strecke schließt sich in 1000 Meter Länge eine Basaltteerbetonstraße an, die ebenfalls im Kaltverfahren, aber gegenüber der ersten in vier Schichten von zusammen 7 Zentimeter Stärke von der Gesellschaft für Teerstraßenbau, Essen, hergestellt wurde.

Es würde zu weit führen, alle auf dieser Versuchsstrecke eingebauten Straßenbefeigungsmittel im einzelnen aufzuführen. Selbstverständlich läßt sich ein Werturteil über die einzelnen Straßendecken heute noch keinesfalls abgeben. Dazu ist die Zeit viel zu kurz. Aber vor allem muß dieser und ähnlicher Versuchsstrecken das Interesse unserer Kollegen in vollem Maße gelten. Denn hier wird zu einem großen Teile die Zukunft des Pflastergewerbes und der Steinindustrie entschieden! Die Pflege der Qualitätsarbeit, sowohl in der Pflastersteinindustrie als auch im Straßenbauwesen wird allein imstande sein, der Konkurrenz der außerordentlich zahlreich in dieser Versuchsstrecke gezeigten Straßenbefeigungsmittel zu begegnen. In diesem Sinne mitzuarbeiten heißt gleichzeitig Arbeit für das Allgemeinwohl zu leisten.

# Internationales Steinarbeitersekretariat.

Bericht vom 3. Quartal 1925.

(Den ausführlichen Bericht von Schweden geben wir wörtlich wieder, da schon längst Berichte von dort mangelten.)

**Schweden.** Die Lebensmittelpreise 1925. Der Index für sämtliche Lebensmittelkosten war am 1. Januar 178, April 177, Juli 176. Fast sämtliche Arbeiter in Schweden haben durch Lohnbewegungen ihre heutigen Löhne herab gestellt, sei es durch Erhöhungen oder Teuerungszulagen, daß sie denjenigen der Vorkriegszeit gleichstehen. Außerdem besteht seit 1. Januar 1920 der gesetzliche Achtstundentag.

**Mitgliederzahl.** Der schwedische Steinindustriearbeiterverband hatte am 1. Januar 1925 5835 Mitglieder in 127 Sektionen, am 1. Juli waren es 7221 Mitglieder in 135 Sektionen und am 1. Oktober 7600 in 150 Sektionen. Es ist somit ein erfreulicher Zuwachs von 1800 Mitgliedern und 23 Sektionen zu verzeichnen.

**Tariffbewegungen.** Für die meisten Mitglieder wurden Arbeitsverträge abgeschlossen, welche eine Gültigkeitsdauer von zwei Jahren haben, also bis 1. April 1926. Kündigungstermin drei Monate. Erfolgt keine Kündigung, so laufen sie ein Jahr weiter. Die durchschnittlichen Lohnerhöhungen, die letztes Jahr durch diese Verträge erzwungen wurden, sind 15 Prozent. Am 1. Januar 1925 bestanden 47 Verträge, für 5741 Mitglieder in 119 Sektionen gültig. Unter diesen Vertragsbestimmungen standen ebenfalls noch 1800 Mann, die nicht unserem Verbande angeschlossen sind, so daß der Wirkungskreis der Verträge für 7500 Arbeiter sich bezog, und zwar bei 125 Unternehmungen. Einzig 8 Sektionen mit 94 Mitgliedern weisen keine tariflichen Abmachungen auf. 1925 wurden 15 neue Tarifverträge abgeschlossen, die dadurch erzwungenen Lohnerhöhungen schwanken zwischen 5 bis 20 Prozent.

**Ausbezahlte Unterstufungen.** Während der verfloßenen 9 Monate haben wir für eigene Streiks an Unterstützung 30 925,84 Kronen ausbezahlt. Dem norwegischen Verband gaben wir während seines Lohnkonflikts an schwedischen Kronen 20 296,91, außerdem ein Darlehen von 9300 Kronen. Dem dänischen Bundesverband ließen wir als Unterstützung 1545,01 Kronen zukommen. Totalunterstützung für Streiks somit 52 767,76 Kronen. Im ersten Halbjahr wurde der schwedischen Landeszentrale als Beitrag die Summe von 17 636,40 Kronen bezahlt. Trotz dieser hohen Ausgaben ist unsere finanzielle Situation eine bessere wie je zuvor.

**Arbeitsverhältnisse.** In der Pflastersteinindustrie war die Konjunktur bis 1. August eine vorzügliche. Ab diesem Termin haben die größten Steingewerkschaften ihre Arbeitszeit verkürzt bis auf vier Tage pro Woche. Auch die Steinhauer trafen das gleiche Schicksal. Diese kamen so nur auf einen Verdienst von 60 Prozent der normalen Zeiten. Diese Betriebsbeschränkungen betreffen heute 2000 Mann, doch ist es möglich, daß sich deren Zahl im Laufe des Winters noch erhöhen wird. In der Kunststeinindustrie, allwo 800 Mann beschäftigt sind, war das ganze Jahr die beste Konjunktur und sind auch die Aussichten für die Zukunft gut. In der Grob- und Feinfeinindustrie (Granit), wo ebenfalls 800 Mann beschäftigt waren, sind zur Zeit nur noch 200 in Arbeit, während die übrigen sich in der Kunststeinindustrie und den Pflastersteinarbeiten Beschäftigung verschaffen mußten. In der Grabmalindustrie, wo 500 Mann in Arbeit stehen, ist die Konjunktur eine normale, obgleich gewöhnlich die letzten Monate des Jahres äußerst unbefriedigende sind. Gute Konjunktur bestand auch in der Marmor-, Kalk- und Sandsteinindustrie, wo 500 Mann arbeiten. Hier war es sogar unmöglich, mit den eigenen Berufskollegen die Aufträge auszuführen zu

können und mußten deutsche Kollegen beigezogen werden. Allen Ansehen nach wird hier eine Wende der Konjunktur nicht eintreten. In der Blocksteinindustrie (Diabas schwarz) war die Arbeiterzahl (500) die höchste seit Kriegsende. Auch hier bestehen die besten Aussichten.

**Skandinavische Konferenz.** Ende Oktober oder Anfang November wird, voraussichtlich in Göteborg, eine Konferenz der skandinavischen Steinarbeiterorganisationen stattfinden. Zu derselben werden die Vertreter aus Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland erscheinen. An dieser Konferenz werden die Fragen des Ausbaues der Kartellierung der Verbände und der besseren Gegenseitigkeit finanzieller Art bei Lohnkämpfen besprochen, sodann auch die Tarifverhältnisse der Länder, die wirtschaftlichen Einflüsse auf die Organisationen und die internationalen Beziehungen.

**Deutschland.** In der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Straßenbau war das dritte Vierteljahr ein allgemein ruhiges. In der Sandsteins-, Marmor- und Granitbranche war der Geschäftsgang seit Jahresbeginn ein gleichmäßig ungenügender, während in der Wegebaufabrikgruppe einschließlich Straßenbau im ersten Halbjahr ein direkt wüthender Geschäftsbetrieb herrschte. Um die Facharbeiter war tatsächlich ein Kampf. Nunmehr hat auch dieser Druck nachgelassen wegen Geld- und Kreditklemme der privaten und kommunalen Auftraggeber. Die Folge ist, daß einzelne „neue“ Steinbruchbesitzer verstoßen des Weges schauen, woher sie gekommen sind. Die großen Anforderungen im Frühjahr hat sie zu dem gemacht, was sie gerne bleiben möchten. Der Rückschlag aber drückt sie wieder zurück, sie machen ihren Betrieb zu. Um solche plötzlich aufblühende Existenzen, unter denen ganz selten ein von der Pike gedienter Fachmann sich befindet, ist es nicht schade, denn sie sind Konjunkturpflanzen ohne festen Halt in der Wurzel. Die Konjunktur im Wegebau und Steintraßenbau ist aber nicht ganz weggeblasen, sie ist nur abgebremst und wird nach Behebung der Geldklemme wieder laufen.

In Deutschland sind starke Kräfte am Werk, um dem Straßenbau ein ganz andres Gesicht zu geben. Die Träger dieser Kräfte waren im Ausland zu Studienzwecken der dortigen Straßengestaltung. Nun muß der tatsächlich gesteigerte Verkehr im Kraftfahrzeugwesen herhalten, um allerhand Straßenprobleme großzügig aufzulösen, die letzten Endes den traditionellen und bewährten Steinstraßenbau einschränken und an seine Stelle dem Beton Geltung verschaffen wollen. Diese für den Steinstraßenbau gefährliche Entscheidung kann nur abgeboten werden durch Qualitätsarbeit und zurechtgebrachte Propaganda für Natursteinverwertung. Wir haben aber die Befürchtung, daß die in manchen zeitgemäßen Fragen recht kleinen deutschen Steinindustriellen und Pflasterermeister hier versagen und zu wenig vorausschauend wirken.

Der Mitgliederbestand des Verbandes am Schluß des zweiten Quartals war 58 073. Das Verbandsermögen 430 939 Mk., davon in der Hauptkasse 306 740 Mk., das andre in den Lokalkassen. Zur Stärkung der Hauptkasse wurde eine Extrasteuer ausgeschrieben, die in vier Wochen geleistet sein muß. Ihre Höhe richtet sich nach dem Wochenverdienst und stellt sich von 50 Pfg. bis zu 4 Mk. pro Woche. Die richtig diese Maßnahme war, beweist die Kündigung der beiden Reichstaxi-, Pflasterstein- und Schotterwerke, Grabmal-, Marmor- und Werkstein von den Unternehmern. Die letzteren wollen dem Achtstundentag zu Leibe, damit werden sie allerdings bei den Steinarbeitern und Steinlegern kein Glück haben. Die beste Antwort auf die Kündigung ist Küftung und Festigung der gewerkschaftlichen Organisation.

**Norwegen.** Der schon bekannte Konflikt dauerte 14 Wochen, für einen Teil der Mitglieder war er aber auf 16 Wochen aus-

## Aus dem Wetterwinkel.

**Reiseindrücke.**  
In der literarischen Hinterlassenschaft des Dichters M. Claudius, der vor 150 Jahren in Wandsbeck gewirkt hat und 1815 in Hamburg starb, befindet sich unter anderem ein launiges Gedicht: „Arians Reise um die Welt.“ Von diesem Gedicht ist mir aus der Schulzeit her nur noch die erste Strophe in Erinnerung, die da lautet: „Wenn jemand eine Reise tut, so kann er was erzählen.“ Auf diesen Auspruch berufe ich mich in der folgenden Niederschrift. Denn kürzlich mußte ich wegen Familienangelegenheiten meinen Wetterwinkel verlassen und bis Mitteldeutschland ins Sachsenland fahren. Meine Fahrt ging bis in die Nähe Leipzigs, dem sogenannten „Klein-Paris“. Lange Jahre, ja über zwei Jahrzehnte, sind bereits in den ewigwährenden Gerichten, seitdem ich das Bergnügen hatte, diese alte Messestadt als wandernder Arbeiterlocher zu sehen und zu erleben. Abgesehen von allen sonstigen Eindrücken, die ich jetzt von dort mit nach Hause geschleppt habe, will ich nur jenen kurz schildern, der von unserm Verbands-Hauptbureau — das ich bei dieser Gelegenheit aufsuchte — in mir haftet. Irgend ein fremder Kollege, der vor langer Zeit gelegentlich an meinem Steinhaufen an der Landstraße seinem Herzen Luft machte, nannte das Hauptbureau „Sternwarte“. Diesen Spitznamen habe ich mir damals nur erklären können, als auf die im Hauptbureau tätigen Personen gemünzt, die angeblich nach Ansicht allzu kritischer Steinklopfer dem kleinlichen Erdengewimmel nicht mehr die konkrete Beachtung schenken. Nunmehr aber weiß ich, warum die Bezeichnung mit Sternwarte unter den Steinklopfern Flügel bekommen hat. Das Haupt- oder Zentralbureau liegt nämlich im 4. Stock, und dessen Blasebalg nicht mehr recht funktioniert, für den bedeutet der Aufstieg zum 4. Stock tatsächlich eine Leistung, wenn nicht gar eine Qual. Daher haben wohl mit einem Ansehen von Recht die bisshin humoristischen Steinklopfer die Bezeichnung „Sternwarte“ gewählt. Also ich war dort oben; kannte vorher nur den Zeitungsschreiber. Jetzt freilich kenne ich alle diese sogenannten Sternwarte; aber sie wissen nicht alle, und brauchen es auch nicht, daß es der Steinklopfer-Haare war, der vor mehreren Wochen mit dem Redakteur durch die Räume ging. Es kommen ja, wie mir von ihm berichtet wurde, fast jeden Tag fremde Steinklopfer ins Hauptbureau, so daß ich in diesem Reigen auch weiter unbekannt bleibe. Wir beide wenigstens wünschen das so!

Das „Haus der Völker“ in Leipzig ist einfach verblüffend, so lauber, so groß und gewaltig auch in seinem Wirtschafts- und Saalbetrieb habe ich mir das Volkshaus nicht vorstellen können. In diesem Betriebe ist unser Verbandsbureau wirklich nur ein ganz winziger Teil. In jedem der vier Stadwerke des Vordergebäudes sind über 20 Zimmer, die rechts und links von den langen Korridoren abzuweichen. Im 4. Stock allein zähle ich auf dem Flur 28 Zimmer, wovon die Steinklopfer nur 6 ineinander gehende Zimmer besitzen (Nr. 100 bis 105). Das sind vom gesamten Raum betrachtet also nicht viel. Im Zimmer 100 begann der besondere Eindruck. Dort vollzieht sich der Materialverkauf von Büchern, Beitragsmarken ufm. Zwei frühere Steinklopfer sind hier tätig, ein großer und ein kleiner. Beide schilderten mir, wie schwer es ist, die Zahlstellen zur richtigen Beitragsleistung nach dem wirklichen Stundenverdienst zu erzielen. Viele Zahlstellen wurden genannt, darunter teilt alte und bekannte, die von den Extramarken und den richtigen Stundenlohnmarken durchaus nichts wissen wollen. Andre wieder wurden genannt, die früher ebenfalls widerspenstig waren, aber die, durch örtliche Kämpfe belehrt, nunmehr Marken kleben weit über den tatsächlichen Stundenlohn. Der Zweck ist, sich die höhere Unterstützung zu sichern. Nach meiner Meinung ist der Widerstand der Zahlstellen unpolitbarisch und die höhere Kleidung, als wie der Stundenverdienst vor schreibt, nicht ganz korrekt; nach dem jetzigen Wortlaut des Statuts wird sich dagegen wohl nichts machen lassen. In diesem Zimmer Nr. 100 erfolgt auch die Umschreibung der aus andern Verbänden zum Steinarbeiterverband übertretenden Steinklopfer, worüber wir der Kleine von den beiden eingehend Vortrag hielt. Ich sah unter andern einen ziemlich Stapel von Büchern, deren Inhaber aus der christlichen Organisation zu uns gekommen sind. Unvermutet glitt dabei die Unterhaltung aufs religiöse Gebiet über, wobei der betreffende Steinklopfer anscheinend immer größer wurde. Ehe ich aber dessen neugierige Frage über meine eigene

religiöse Anschauung richtig und genügend beantwortet konnte, nötigte mich der Redakteur, indem er in nicht mißzuverstehender Weise auf seine Uhr schaute, ins nächste Bürozimmer. Später hat er mir dann allerdings im Vertrauen gesagt, das sei mit voller Absicht geschehen, denn wer bei dem Kleinen nicht auf die Freidenkerbewegung schwört, sinke in seinen Augen um ein Beträchtliches. Der andre Raum, in dem ich mich nun umschauen konnte (Zimmer 101) beherbergt wieder zwei Steinklopfer. Der eine blond von Haar, der andre trägt eine Brille; beide ziemlich lang, so, daß der alte Fröh seine Freude dran gehabt hätte. Der Blonde hat die Tarif- und Lohnstreitigkeiten zu bearbeiten, er rechnet z. B. bei Beschwerden aus den einzelnen Belegschaften die Abstriche nach und soll schon manchen Unternehmer oder dessen Eßling zum genaueren Berechnen veranlaßt haben. Selbstredend handelt es sich bei diesen Nachrechnungen immer um versteckte Lohnabzweigungen. Die dem Tarifkollegen muß demnach die Flächen- und Profilberechnung ganz firm sein. In seiner Umgebung sah ich überhaupt aus wie bei einem Steinklopfer-Großkopf, der eigenhändig Zeichnungen, Entwürfe und Berechnungen macht. Ferner wurde mir von ihm ein großes „Lohnbuch“ gezeigt, worin alle Gesellschafter nach Bezirk und Orten zusammengestellt sind mit ihren jeweiligen vereinbarten Löhnen. Jeden Monat wird der Lohn erneut vermerkt! In zwei großen Schränken mit vielen Fächern sind die Tarife örtlich, bezirklich und zentral gesammelt; ein Griff, dann liegt die Tarifmappe vor, die man braucht. Sie enthält alle Schreiben der Kollegen und andre, die irgendwie auf den Tarif Bezug nehmen. Dem Blonde gegenüber sitzt der Vertreter! Das ist der Stadgruppenleiter der Radhörer, wie man bei uns sagt zu den Steinklopfern, Kammern und ihren Hilfsarbeitern. Alles, was deren besondere Angelegenheiten betrifft, regelt also dieser Kollege. Wie ich dort war, habe ich im Stillen seine Fertigkeit auf der Schreibmaschine bewundert, sie hätte einem Tippfräulein alle Ehre gemacht. Auch er hat alles direkt Steinklopfermäßig in Mappen und Fächern geordnet. Die Lohnhöhe dieser Gruppe zeigt in der Entwicklung an treffendsten die Organisationsarbeit! Im Materialverkaufszimmer hatte ich bereits vorher gehört, daß die Radhörergruppe, im ganzen gesehen, am exaktesten sich verhält bei Anpassung der Lohnhöhe an den Wochenverdienst. Bei dem Beiräten fielen mir noch seine sträubenden Haare auf. Im stillen dachte ich, daß die Veranlassung dazu die „neuen Straßenprobleme“ sein könnten. Gewißheit habe ich mir über diese Vermutung allerdings nicht verschafft. Das nun folgende Zimmer (Nr. 102) beherbergt den stellvertretenden Vorsitzenden nebst einer umfangreichen Kartothek in praktischen Schränken. Ein paar wenige Griffe, und sofort hat man — wenn schon einmal Krankenunterstützung bezogen wurde — seine Karte mit Verbandsnummer, Personennamen, Krankheitsmeldung, Krankheitsart und der erhaltenen Unterstützungssumme in der Hand. Diese Eintragungen sind gewiß mühevoll, sie müssen aber, wenn sie für die Kassentechnik Wert haben sollen, immer laufend eingetragen werden. Sie dienen, wie mir glaubhaft beigebracht wurde, zur Kontrolle, berichtigen, wo es nottut, den Zahlstellenkassierer und schützen den Gesamtverband vor unberechtigten Bezügen der Mitglieder. In diesem Raum erfolgt auch die Mitgliederzahlung, die Prüfung der Ansprüche Hinterbliebener beim Todesfall des Mitgliedes; auch einige Verbandsstatistiken haben hier ihren Bearbeiter. Zu erwähnen ist noch ein Druckapparat mit unzähligen Buchstaben für den eigenen Druck von Rundschreibern und kleinen Handzetteln. Der Steinklopfer, der in diesem Zimmer arbeitet, steht schon ziemlich angeschimmelt aus, er hat sicherlich bereits das halbe Jahrhundert an Jahren längst überschritten. In dem Zimmer (Nr. 103), was ich dann betrat, hat der 1. Vorsitzende nebst einem Schreibfräulein seinen Arbeitsplatz. Wer ihn nicht näher kennt und nur nach seinem Gesichtshabitus urteilen muß, unterstellt ihm persönliche Sorgen und Krankheit. Soviel ich jedoch erfahren konnte, hat dieser Kollege schon vor 15 Jahren, als er noch Berliner Luft schnappte, so ausgesprochen. In diesem Zimmer Nr. 103 läuft eine allgemeine Korrespondenz zusammen und andre wieder hinaus, mit Ausnahme der direkten Kassangelegenheiten und der Redaktionsachen, die ganz für sich von dem dafür Zuständigen selbst erledigt werden. Beim 1. Vorsitzenden sind rings an den Wänden sechs Schränke aufgestellt, in Hunderten von Fächern hat jede Zahlstelle ihr gesondertes Nach. Nach alphabetischer Ordnung ist ohne Schwierigkeit jede Zahlstellenmappe so-

fort zur Hand, sie enthält alle Korrespondenz an den Verbandsvorstand und Abschriften von allen Briefen vom Vorstand an die Zahlstelle. Ein Schreibfräulein ist hier unentbehrliche Hilfe. Ich war gerade zugegen, als die Post einen großen Stoß Briefe brachte. Nach Durchsicht gehen Bestellungen um an den, den's angeht. Auch eine recht übersichtliche Registratur für den Briefwechsel mit den Gouleitern, den Behörden und den Unternehmerverbänden ist vorhanden. Ganz erklärlich, denn in wenigen Minuten muß man bei vorstehenden Fällen sich unterrichten können. Eine große Landkarte wäre noch zu erwähnen, auf der jeder Verbandsort mit einer draufstehenden Nadel bemerkbar gemacht ist. Diese Nadeln haben farbige Glaskugeln und die Zahlstellen eines Gaus einheitliche Farben. Auch neben meinem Wetterwinkel steckte eine Nadel rotrot (4. Gau). Nun kam der Kasserraum, das größte Zimmer; zwei eiserne Geldschränke und zwei mächtige Pulste fallen sofort ins Auge. In diesem Raum arbeiten drei Personen! Der 1. und 2. Kassierer und ein Schreibfräulein. Der Kassierer Nr. 1 schaute mich durch seine Augengläser sehr ernsthaft und prüfend an, als rate er, ob ich Geld holen oder bringen wollte. Nachdem ich mich für beides unzutreffend kurz legitimiert, wurde ich auch hier eingeweiht. In dem einen Geldschrank werden die Wertpapiere, Scheckbücher für Post, Sparkasse und Bank und die wichtigsten Kassensbücher aufbewahrt, während in dem andern Geldschrank eine große Kartothek-Buchführung der Zahlstellen nach Bureauaufschluß Aufnahme findet. Der Volksausbruch im Jahre 1920 hat bekanntlich den Verbandsgeldschrank nicht vernichten können, alles andre ging aber mit dem Kapp-Putsch zum Teufel. Deshalb kommt die gesamte Kassennachweisung, lokal oder zentral, nachts und Sonntags, zur Sicherheit in die eisernen Geldschränke. Eine große Rechenmaschine, die in verblüffender Weise addiert, subtrahiert und multipliziert, erleichtert den beiden Kassierern die Arbeit; daß eine solche Maschine überhaupt existiert, habe ich bisher nicht gewußt. Ihre Konstruktion ist mir tatsächlich unfassbar! Was mir der Kassierer darüber sagte, habe ich nicht begriffen; denn bei der Erklärung sah ich unwillkürlich in Gedanken weitab von der Sternwarte alle die ungehörlichen Steinbrocken auf die Haufen purzeln, die ich Tag für Tag seit langen Jahren immer wieder von neuem entstehen lasse. Auch hier in der Kasse wurde mir mit einem Griff in die Zahlstellen-Kartothek gezeigt, wie die Zahlstelle, zu der ich gehöre, funktioniert. Ihre Extramarken hatte ich richtig bezogen und sogar schon abgerechnet, auch ihr sonstiges Konto war auf dem Laufenden. Das freute mich natürlich ganz besonders, denn vor meinem Zahlstellenvorstand und seiner Ordnungsliebe habe ich immer große Achtung gehabt. Sie ist jetzt durch den Nachweis in der Hauptkasse noch erheblich gestiegen. Ich sah aber auch Kassennachweisungen in dieser Kartothek, die verflucht klöterig in Soll und Haben für die Hauptkasse ausschauten. Der 2. Kassierer erläuterte mir dabei eingehend mit rollenden Augen an Hand der Unterlagen, wie er jede rechnerische Unstimmigkeit in den Zahlstellenabrechnungen entdeckt. Ich hatte den Eindruck, daß der nicht locker läßt. Nun, der andre, der ältere, der erste, sah auch nicht gerade danach aus, als wenn ich irgendwas in dieser Beziehung entginge. Also in diesem Raum und in den beiden Geldschränken konzentriert sich das materielle Rückgrat des Steinklopferverbandes, und damit dieses Rückgrat nicht Schaden erleidet, vielmehr immer mehr gestärkt wird, dafür bürgt wohl in der Hauptkassiererei der Verantwortliche für die Finanzwirtschaft, das ist der 1. Kassierer. Ich meine, daß jedes Mitglied, jede Zahlstelle, jeder Bezirk zu dieser großen Verantwortlichkeit sein Bestes beitragen sollte. Das waren so meine Gedanken beim Eintritt in das letzte Zimmer (Nr. 105). Das war die Redaktion, in der ich mich beim Eintreffen meines Besuchs vorher nur kurz umhören konnte. Nebst dem Redakteur arbeitet hier noch ein Schreibfräulein, welches die Adressen für den wöchentlichen Zeitungsverband vorarbeitet. Wenn nicht gar so viele Wenderungen jede Woche einlaufen, wird die Arbeitskraft des Fräuleins noch in der Kasse oder im Materialverkauf ausgewertet. Im Redaktionsraum finden die Vorstandssitzungen statt, ein großer Tisch mit entsprechender Sitzgelegenheit sagt es schon sofort. An den Wänden ringsum mächtige Schränke, die zum Teil von den Radhörern mit in die Ehe gebracht wurden. Die wieder erstandene Redaktionsbibliothek ist darin nach Wissensgebieten geordnet: Technik, Gewerkschaften, Politik, Geologie, Wissenschaft. Darunter wieder verschiedene Unterabteilungen, herunter bis zum rein Beruflichen und

gedehnt. Zuerst mußte der neue Tarif erstellt sein, bevor die Arbeit aufgenommen wurde. Der Grund, weshalb der Streit solange dauerte, lag hauptsächlich im Nachhaken nach Pflastersteinen, auch das Steigen der Krone trug bei, weil dadurch für die norwegischen Unternehmer eine ungünstigere Konkurrenzlage geschaffen wurde gegenüber Ländern mit fester Wäluia.

Das Resultat der Bewegung war: für Pflasterer und Kunststeinarbeiter 4 Prozent Lohnerhöhung, für alle Gruppen, die im Stundenlohn beschäftigt waren, 5 Dene pro Stunde Erhöhung. Ferien für Pflasterer, Kunststeinhauer und Tagelöhner acht Tage mit vollem Lohn nach sechsmonatiger Dienstzeit. Sofern sich die am Streit Beteiligten innerhalb 14 Tagen auf ihrer früheren Arbeitsstelle melden, mußten sie alle wieder eingestellt werden. In der Pflastersteinbranche besteht zur Zeit nicht die beste Konjunktur und sind bereits 5 Prozent der Mitglieder arbeitslos.

**Schweiz.** Die allgemeine Konjunktur war im dritten Quartal noch eine gute, hat sich jedoch gegen Ende desselben auf Grund der für Oktober bezug fertig erstellten Wohnungsbauten verschlechtert und trat Arbeitslosigkeit ein. Zum Glück waren im laufenden Jahre wenig ausländische Saisonarbeiter in der Schweiz, so daß dieses Zurückgehen der Konjunktur nur wenig empfunden wurde. Die Aussichten für den Winter sind keine ungünstigen.

Immer noch haben wir gegen die Verlängerung der Arbeitszeit zu kämpfen, welche einige Unternehmer und speziell auf dem Lande so gerne durchführen möchten, es wird ihnen nicht gelingen, wenn auch mitunter jene Landkollegen sich ihrer Pflicht nicht genügend bewußt sind, so ist doch stets der Druck der Stadtsektionen da. Bewegungen waren in diesem Quartal drei, wovon eine mit einer Lohnerhöhung von 10 Centime pro Stunde und eine mit 5 Centime abgeschlossen wurde, eine Bewegung ging mangels genügender Solidarität der Kollegen verloren.

Die bestehenden Produktiv-Gesellschaften in Zürich und Basel haben einen schweren Stand auf dem Wirtschaftsmarkt, nicht aber wegen Mangel an Arbeitsübertragungen, sondern vielmehr wegen Mangel an Betriebskapitalien. Die heutige Bauweise der Bahngesellschaften ist in allen Städten derart eingerichtet, daß die Lieferanten der Arbeit wochenweise liefern müssen, bevor irgendwelche Gelder erhältlich sind. Bei größeren Aufträgen ist dann die Genossenschaft gezwungen, sich nach privaten Geldgebern umzusehen. Dies bringt mitunter unliebsame Situationen mit.

**Holland.** Auf Grund des Kampfes der Maurer und Zimmerleute in Haag für ihren Lohnsatz mußten die Steinhauer ihre Arbeit einstellen und erst mit Erledigung dieser längere Zeit dauernden Bewegung konnten sie wieder ihre Beschäftigung aufnehmen. Die Baukonjunktur ist im allgemeinen eine gute, muß aber im Steinmehrgewerbe als flau bezeichnet werden. Die Zahl der im Beruf beschäftigten Steinhauer ist fortwährend im Abnehmen begriffen.

NB. Die übrigen Berichte folgen nach deren Zustellung. Rob. Kolb.

## Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

**Unser Lohnkampf. Streit (Steingewinnung und -bearbeitung):** In Göttingendorf und Oberpeilau (Schles.) bei der Fa. Thust. In Wildemann (Betrieb der Firma Wegener, früher Kappel).

**Geisert:** In Lössau Betrieb der Firma Kammerer. In Weimar die Baustelle Thür. Staatsbank für Steinmehnen, solange bis die Aufstellung einer Arbeitsbude gesichert ist.

Zugang ist fernzuhalten außer den obengenannten Orten, in denen Streit oder Betriebsperre zu verzeichnen ist, von Duisburg (Steinmehnen). Von Lübeck (Steinarbeiter).

einer bestimmten gewerkschaftlichen Richtung. Ein großer Schrank enthält die noch im Entstehen befindliche Steinsammlung. Nach Aussagen des Redakteurs fehlt daran noch viel und mit einer gewissen Unzufriedenheit bedauert er die vielen Aufforderungen und Besorgens der Kollegen bei der Vervollständigung der Sammlung. In diesem Redaktions-Raum war ich ganz besonders neugierig, das wird verständlich sein, weil ich doch als Mitarbeiter in Frage komme und, wie mir gesagt wurde, auch draußen Anhang finde. Auch hier eine umfangreiche sachliche Registratur, in Wappen und Fächer geordnet. Die wichtigen Zeitungen anderer Verbände, der Unternehmer usw. werden für sich gesondert. Der Redakteur muß sie alle durchsehen, teils lesen und wenn er irgendeine Unterlage braucht, wissen, wie und wo das wiederzufinden ist. Langes Suchen ist viel zu aufreibend. Die Hauptregistratur muß beim Redakteur selber intus sein. Ich sah in einer Mappe neben aufreißende Notizen von ganz einfachen Adressenänderungen, wo der Einsender in einem Brief drei mal seinen Wohnort und seinen Namen durch Flüchtigkeit anders geschrieben hatte. Diese ganz nebensächliche Notiz erfordert aber 1. Nachsehen im Ortslexikon und 2. Nachsehen in der Mitgliederbestandsliste und 3. Vergleich mit allem, was richtig und was falsch ist. Das ist Zeitverschwendung schlimmster Art wegen Bagatelldingen! Daneben die vielen Anfragen um Rechtsauskunft, Sozialgesetzgebung, Alimentensachen, Ehestreit usw. Der Redakteur muß eben damit fertig werden; das "Wie" ist seine Sache. Nach eingehender Aussprache über Mitarbeit und andern internen Angelegenheiten schied ich aus der "Sternwarte" mit dem Bewußtsein, daß die dort geleistete Arbeit draußen leider nicht genügend gewürdigt werden. Die Arbeitsart und das zu leistende Pensum erfordert auf dieser Warte im 4. Stod die Kraft jedes einzelnen. Und mir machte es schon eine besondere Freude, zu sehen und zu beobachten, wie diese früheren Steinklopfer dort oben durch eigene Kraft und durch die Verhältnisse geholfen und angespornt über die Geschicke ihrer gesamten Kollegen im Bereiche der deutschen Republik wachen. Und wenn ich jetzt bei meinem Steinhauern meiner Reifeindrücke gedenke, dann steht vor mir das schöne große Volkshaus, über ihm leuchtet wie eine Sonne die Idee und die Ideale, die das Werk vollbracht haben. Dann erkenne ich aber auch die Kraft an, die trotz Hindernisse in den eignen Reihen in dem Hause waltet und arbeitet. Diese unheimliche Kraft wird zum endgültigen Sieg! Dieser Sieg wird erhebender und wirkungsvoller, je geschlossener die gesamten Steinklopfer sich verhalten und je einsichtsvoller sie sich ihren selbstgegebenen Gesetzen im Verbandsstatut unterordnen. Aus dem Wetterwinkel wird dazu beigetragen, soweit die Kraft noch ausreicht! Der Steinklopfer-Hannes.

## Das Orgelweib.

Der Herbstwind legt die Stadt mit Gebraus.  
Er wiegt den Baum am hohen Haus.  
Durch breite Straßen wirbelt der Staub,  
Der Baum hat schönes, goldnes Laub.  
Ein armes Weib am Gittertor,  
Sie schaut die Orgel und schaut empor.  
Sie schaut zu den Fenstern — alles taub —  
Der Baum wirft ihr nieder ein goldnes Laub.  
Die Orgel singt, die Orgel leht,  
Die arme Frau, sie dreht und dreht.  
Sie schaut zu den Fenstern — alles taub —  
Der Baum wirft ihr nieder ein goldnes Laub.  
Sie hat auf die Orgel geschallt ihr Kind,  
Das schlummert über den Diebern lind.  
Sie schaut zu den Fenstern — alles taub —  
Der Baum wirft ihr nieder ein goldnes Laub.  
Sie spielt das traurige Lied der Not,  
Das neue, das alte Lied vom Brot.  
Sie schaut zu den Fenstern — alles taub —  
Der Baum wirft ihr nieder ein goldnes Laub.  
Mit Tränen schaut sie zum Himmel empor,  
Als wollte sie fragen: Ist dort ein Ohr?  
Und nirgends ein Ohr, und alles taub —  
Der Baum wirft ihr nieder ein goldnes Laub.  
Ludwig Pfau.

**Gelebte Bewegungen: Odenwaldbezirk (Werkstein- und Pflasterergruppe).** In einer Verhandlung am 11. November 1925 vor dem Landesrichter in Darmstadt zogen die Arbeitgeber ihren Einspruch gegen den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses Darmstadt vom 21. Oktober 1925 zurück. — Den Parteien wurde aufgegeben, bei Ausfällen über größere Aufträge von über 100 Kubikmeter eine Vereinbarung über einen prozentualen Abschlag für die betreffende Arbeit herbeizuführen, damit dem Arbeitsmangel abgeholfen werden kann.

Ueber die Wirkung und den Verlauf der örtlichen Betriebsperren muß der Redaktion mindestens 2-wöchentlich Bericht gegeben werden, sonst unterbleibt die weitere Veröffentlichung.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall sich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlstellenvorstand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unserm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlassen dieser selbstverständlichen gewerkschaftlichen Pflicht kann der Ausschluss aus dem Verband verfügt werden. Kollegen, die Solidarität auch in den kommenden Wochen, wo infolge des Einflusses der Witterung und der Wirtschaftsbeklemmung die Arbeitslosigkeit größer wird!

**Richtigstellung.** In die Ferienbestimmung des Reichsarbeitsvertrages für die Werkstein-, Marmor- und Grabmalbetriebe vom 10. Februar 1925, wie sie im "Steinarbeiter" Nr. 45 ausgelegt wurde, hat sich leider ein störender Fehler im 1. Absatz eingeschlichen. Der 1. Absatz lautet richtig:

"Nach § 4 hat jeder Arbeiter, der ein Jahr in ein und demselben Betrieb bzw. bei demselben Arbeitgeber beschäftigt ist, Anspruch auf einen Urlaub von drei Tagen im Jahr. Dieser Urlaub erhöht sich nach zweijähriger entsprechender Tätigkeit auf vier Tage, nach dreijähriger Tätigkeit auf fünf Tage und nach vier- oder mehrjähriger Tätigkeit auf sechs Tage. Voraussetzung für die Urlaubsberechtigung ist, daß der betreffende Arbeiter mindestens 2000 Arbeitsstunden unter Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitswoche im Vorjahre geleistet hat."

Wir bitten, diese Richtigstellung zu beachten und unter Beachtung der übrigen in Nr. 45 des "Steinarbeiter" gegebenen Richtlinien für reibungslose Durchführung der Ferien nach obiger Vereinbarung Sorge zu tragen.

**Mehr Aktivität!** Die Verbandsmitglieder haben nicht immer die Beweglichkeit, die notwendig ist, um eine Zahlstelle auf der Höhe zu halten, wenn der Zahlstellenvorstand verlangt. Der Zentralvorstand bekommt kürzlich eine Nachricht, daß in einem Ort, dessen Vorsitzender schon mehrfach als Delegierter auf den Verbandstagen anwesend war, insofern verlangt hat, daß er wochenlang die "Steinarbeiter" aus den Postpaketen überhaupt nicht herausgenommen hat. Man denke nur: wochenlang hat dieser Vorsitzende das Bindemittel unter die Kollegen nicht zur Verteilung gebracht, und die Kollegen haben nicht gefragt: Wo bleibt der "Steinarbeiter"? Wie müssen diese Kollegen für den Verband ertragen sein! Wie mag es sonst in dieser Zahlstelle in bezug auf die Beitragsleistung aussehen! Die Zustände werden für den ernstlichen Verbandskollegen noch interessanter, wenn er zu wissen bekommt, daß für den in Frage stehenden Bezirk ein besoldeter Bezirksleiter angestellt ist, ange stellt, um nach dem Rechten zu sehen! Diese Zustände schreien natürlich zum Himmel! Erst rechtlichweise ist das eine Einzelercheinung. Aber besänftigt ist das Vorkommnis auf alle Fälle. Es ist ein Ort, wo im Jahre 1924 unser Verband über 400 Mitglieder hatte. Unter den 400 Mitgliedern nicht einer, der den Vorstand zur Räson ruft, nicht ein einziger war so erzogen, so geschult und so vorgeschritten, um zu fragen: "Wo bleibt unser Verbandsorgan?" Der Vorstand wird hier sofort nach dem Rechten sehen und die Schuldigen zur Verantwortung ziehen. Einen solchen "Schiedsrichter" kann man eine Arbeiterorganisation nicht gestalten. "Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns, und wer gegen uns ist, wird mit allen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpft! Alle Kollegen wissen, was auf dem Spiele steht, beruflich sowohl wie allgemein. Überall ein Aufsturm gegen die kümmerlichen Rechte der Arbeiterschaft, und wenn in solchen Situationen ein Ort mit Hunderten von Steinarbeitern verlagert, dann — bedauernswerte Arbeiter!

Darum mehr Aktivität, und wo eine Vorstandsschicht verlagert, dann: Hinweg damit! andre zur Führung berufen. Flaumacher gibt's genug; Verlager kann die organisierte Arbeiterschaft immer gebrauchen!

## Steinsetzer und Pflasterer.

**Bamberg.** Am Sonntag, dem 1. November d. J., fand eine Pflastererverammlung statt, zu der Kollege Hassold-Kürnberg erschienen war und über die "Tarifverhältnisse im Pflasterergewerbe in Bayern" referierte. Dabei zeigte er, daß dem Gewerbe die jetzt bestehende Form der Tarifverträge dienlicher ist, als wie es in den vorhergehenden Jahren durch den vormaligen Landestarifvertrag der Fall war. Der Landestarifvertrag war ein Gebilde, das auf dem Lande und in den kleineren Städten nie zur Durchführung kam, weil sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite die organisatorischen Voraussetzungen zur Durchführung desselben völlig fehlten. In einer Resolution wurde niedergelegt, daß die Zahlstelle Bamberg an der jetzigen vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen festhält, und daß sie nach wie vor einem etwa beabsichtigten Landesvertrag nicht zustimmen wird. Weiter fordert die Resolution, daß in den kleineren Städten, wie Regensburg, Passau, Landsberg usw. eine energische Agitation unter der Arbeiterschaft des Pflasterergewerbes entfaltet wird. In der Kammerfrage wurde beschlossen, das bisher bestehende Verhältnis beizubehalten. Zum Schluß wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt, darunter wurde das durch den Bauinspektor Fischer einzuführende Pflastererstatut als dem Verufe und der Förderung der Qualitätsarbeit nicht günstig bezeichnet. Mit einem Appell, den Steinarbeiterverband in jeder Art zu fördern, wurde die Versammlung geschlossen.

**München.** Am Sonntag, dem 8. November, fand in München eine Versammlung der Pflasterer statt, die sich mit den Verhältnissen im Gewerbe und in der Fachgruppe befaßte. Kollege Fiesmann ging auf die Lage ein, wie sie sich im Laufe der rückliegenden Arbeitsperiode gestaltete. Der gleichfalls an dieser Versammlung teilnehmende Kollege Linke-Leipzig gab einen Rückblick über die tarifliche und organisatorische Gestaltung der Pflasterer-Verhältnisse in Bayern. Die Arbeits- und Lohnbedingungen sind in allen Fachgruppen vertraglich geregelt. Allgemein haben die bayerischen Pflasterer, gestützt auf den Steinarbeiterverband, die Bewegungen zur Sicherung ihrer Tarifverträge in den einzelnen Fachgruppen restlos durchgeführt. In der Aussprache wurde betont, daß nach wie vor rastlos gearbeitet werden muß, um in sozialpolitischer Hinsicht den wirtschaftlichen Notwendigkeiten erneut gerecht zu werden und daß weiter die Organisation auf das Beste ausgebaut werden muß. Beschlössen wurde, daß die Fachgruppenversammlung der Pflasterer regelmäßig jeden ersten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr im Pilgersheimer Garten stattfindet, und daß mit der Freien Pflastererinnung München zur Regelung der Stundenlohnfrage in Verhandlung getreten werden soll. Die gutbesuchte Versammlung wählte zur Unterstützung des Fachgruppenleiters eine Kommission, die diesem mit Rat und Tat zur Seite stehen soll.

## Steinarbeiter.

**Berlin.** Die am 2. November 1925 im Berliner Gewerkschaftshaus tagende Versammlung der Steinarbeiter Berlins beschäftigte sich mit dem Geschäftsbericht vom dritten Quartal, Tariffragen und Verchiedenem. Zum Geschäftsbericht wurde die Agitationsmöglichkeit innerhalb des Steinlegergewerbes besonders hervorgehoben und

die Funktionäre auf dieses Arbeitsfeld hingewiesen. Nur durch die Befähigung eines jeden werde es möglich, den letzten Mann für unsere Sache zu werben. Zu den Tariffragen wurde das Vorgehen des Vorstandes gutgeheißen. Der Punkt Verschiederenes brachte einen Antrag des Kollegen Anders, welcher besagt, daß die Versammlung beschließen wolle, den Bericht von einer Rußland-Delegation entgegenzunehmen. Nach einer erregten Diskussion wurde ein Antrag des Kollegen Senke angenommen: "Die am 2. November 1925 versammelten Steinarbeiter Berlins beschließen, den Bericht einer Rußland-Delegation nur entgegenzunehmen, wenn dieselbe mit eigenen Dolmetschern Rußland freizügig bereiste." Das Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Kische, betonte, daß für unsere Versammlungen mehr Propaganda gemacht werden müßte.

**Westerburg.** Am 18. Oktober 1925 tagte hier eine Bezirkskonferenz für den Bezirk Westerwald und das Lahnggebiet mit folgender Tagesordnung: 1. Anstellung eines 2. Bezirksleiters auf dem Westerwald. 2. Die wirtschaftliche Lage der Basaltindustrie auf dem Westerwald. Vertreten waren 12 Zahlstellen mit 22 Delegierten. Bezirksleiter Herrmann schildert die finanzielle Lage des Bezirks zur weiteren Anstellung eines Kollegen. Die Anstellung einer zweiten Kraft sei notwendig, erstens durch das überaus große Arbeitsfeld, und zweitens durch die von Tag zu Tag immer mehr werdenden Termine vor Gericht in bezug auf Lohnentlagen und Entlassungen, dazu kommen noch Lohnverhandlungen. Daher ist es auch erklärlich, weshalb in den Betrieben kein Bezirksleiter erscheint, worüber die Kollegenschaft mitgestimmt ist. Kollege Kähler hält nun als 1. Kandidat ein Referat über Entlassung der Gewerkschaften. Schildert eingehend den Lauf des Gewerkschaftslebens bis zum heutigen Tage. Kollege Wolf hält einen Vortrag über Organisation in der Steinindustrie. Schildert den Fortschritt und die Missetände in der Industrie und Arbeiterschaft. Beide Referate waren auf der Höhe, sie wurden mit lebhaftem Beifall begrüßt. Bei der Abstimmung wurde Kollege Wolf mit 16 gegen 2 Stimmen als 2. Angestellter für den Bezirk Westerwald gewählt. In der Diskussion des 2. Punktes der Tagesordnung schilderten einzelne Delegierte örtliche Verhältnisse in bezug auf Organisation und Beitragszahlung. Gauleiter Nenges erinnert an das Verbandsstatut: ein Stundenlohn ein Wochenbeitrag. Die Extrasteuern müßten restlos geleistet und alle noch abseits stehenden Kollegen dem Verband zu geführt werden, damit wir zu den drohenden Kämpfen im Frühjahr gerüstet sind.

(Anmerkung der Redaktion: Die Konferenz tagte am 18. Oktober. Der Bericht ist datiert vom 25. Oktober, liegt aber erst am 5. November ein. Verschiedene Anfragen nach dem Resultat der Konferenz finden damit ihre Erledigung.)

**Gau 5.** Am 18. Oktober tagte in Essen eine Bezirkskonferenz der am Bau beschäftigten Steinmehnen. 22 Vertreter waren aus den Zahlstellen Essen, Düsseldorf, Duisburg, Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Königsstele erschienen. Zur Verhandlungsleitung wurden die Kollegen Winkler (Dortmund), Koch (Düsseldorf) und Kolobinski (Bochum) gewählt. Gauleiter Braun behandelte in längerer Ausführungen die Wirtschaftslage und besprach dann die Situation in der Steinindustrie. Die Geschäfts-, Preis- und Lohnverhältnisse wurden eingehend gewürdigt, im besonderen die Zustände der Kunststein- und Betonbearbeitung auf Bauten. Nach eingehender Aussprache, an der sich die Kollegen Müller, Koch, Bernhardt, Keschöfer beteiligten, wurde nachstehende Entschliesung einstimmig beschlossen:

"Die am 18. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Essen stattgefundene Bezirkskonferenz der an den Bauten im Steinputz beschäftigten Kollegen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes befaßte sich eingehend mit den Missetänden im genannten Gewerbe. Insbesondere wurde scharf kritisiert, daß das Zwischenunternehmertum durch das Ausbeutensystem chaotische Verhältnisse geschaffen hat. Die Konferenz ist sich darin einig, daß dieses System im Interesse der Kollegen und des Handwerks beseitigt werden muß. Zu diesem Zwecke wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, sämtliche Zwischenunternehmer, soweit sie unserem Gewerbe angehören, spätestens bis zum 1. Januar 1926 zu verpflichten, in ein Arbeitsverhältnis bei dem Studunternehmer zu treten, oder sich als selbständige Unternehmer zu betrahten. Die Gauleitung wurde beauftragt, mit der Tarifkommission gemeinsam einen Tarifentwurf auszuarbeiten und mit dem Städtgewerbeverband, St. Düsseldorf, baldmöglichst in Verhandlung zu treten. Als Richtlinien wurden aufgestellt: 1. Anerkennung des NAB für die Grabmal-, Werkstein- und Marmorbetriebe. 2. Festlegung eines Mindestlohn- und Akkordlohnes. Weiterhin verpflichten sich sämtliche anwesenden Delegierten, mitzuwirken, daß die Unorganisierten dem Verbandszugeführt werden." Dann wurde eine Tarifkommission gewählt: Koch, Keschöfer, Bernhardt, Kolobinski, Fischer und Hesse.

Die nächste Konferenz soll am 15. November in Bochum stattfinden. Nach Erledigung einiger engerer Bezirgsangelegenheiten und besonderer Erhaltungsmaßnahmen bei der Agitation usw. war um 4 Uhr Schluß der Konferenz. (Bericht am 10. November eingetroffen. Redaktion.)

**Kaiserslautern.** Am Sonntag, dem 1. November, tagte im Gewerkschaftshaus in Kaiserslautern eine Bezirkskonferenz der pfälzischen Sandsteiner, Grabmal- und Marmorbranche. Besichtig war diese von fünf Zahlstellen mit sieben Delegierten. Als die zweitgrößte Zahlstelle, war nicht vertreten. Gauleiter Sarfert eröffnete um 12 Uhr die Konferenz, als Schriftführer wurde Probst-Kaiserslautern bestimmt. Zum 1. und 2. Punkt referierte Sarfert in längerer Ausführungen die Gründe, die die Arbeitgeberverbände bewegen haben, den NAB für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorbranche zu kündigen. Redner erklärte zum Schluß, die kommenden Verhandlungen werden zeigen, inwieweit Verschlechterungen im neuen NAB geplant sind, wenn überhaupt ein solcher wieder zustande kommt. Auch kritisierte Sarfert scharf das Verhalten einiger Kollegen, die es in bezug auf das Einhalten der achtstündigen Arbeitszeit nicht ernst nehmen und neun und mehr Stunden pro Tag arbeiten. Nach der Mittagspause wurde in die Diskussion eingetreten. Kollege Feyer-Neustadt bemängelte die Organisationsverhältnisse und die Arbeitszeit am dortigen Plage, Kiein-Lauternden wünscht, daß die Klassifizierung der Lohngruppen verschärft werden soll, weil die Lebenslage auf dem Lande größtenteils teurer sei, wie in der Stadt. Heidemann-Dürkheim berichtet, wie die Arbeitgeber an der Haard alles versuchen, um den Arbeitern den ihnen zustehenden Urlaub zu nehmen. Er verwies bei dieser Gelegenheit auf einen Zeitungsartikel in der Arbeiterpresse. Nachdem noch verschiedene Kollegen sich zu diesem Punkt geäußert hatten, gibt Sarfert zu den gestellten Fragen Aufklärung, und es wurde folgender Antrag angenommen: "Soll ein neuer NAB zum Abschluß kommen, soll sofort ein neuer Bezirkslohnstatut mit den pfälzischen Unternehmern abgeschlossen werden." Zum 3. Punkt gibt Sarfert über die geplanten Lohnkürzungen des Kreisverbandes pfälzischer Baugewerke Aufklärung und erlucht die Kollegen, vorsichtig zu sein. Nach einer kurzen Debatte wurde zum 4. Punkt "Allgemeine Verbandsangelegenheiten" übergegangen. Gauleiter Sarfert kommt auf die ausgeschriebenen Extrasteuern zu sprechen und schildert kurz, warum diese ausgeschrieben wurden. (Hier wäre es gut gewesen, wenn die Mitglieder, die an allem auszuweichen haben und alles besser machen können, am Plage gewesen wären. D. B.) Es entwickelte sich eine lebhaft ausgeführte U. a. wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Ausschreibung etwas spät erfolgt sei. Aber trotzdem soll alles versucht und angeboten werden, um in den Zahlstellen die Steuern restlos durchzuführen. Nachdem noch Probst über Agitation, Ketttenbaum über Bezirksleitung gesprochen hatten, wurde als Bezirksvorsitzender Probst gewählt. Ueber den Bezirksbeitrag wurde folgender Antrag angenommen: "Der Bezirksbeitrag beträgt auf die volle verkaufte Beitragsmarke 3 Pf. Die Beiträge sind vierteljährlich abzuführen. Der erste Beitrag ist am Schluß des 4. Quartals 1925 fällig und an die Bezirksleitung abzuführen. Adresse des Bezirksleiters ist: Wilhelm Probst, Kaiserslautern, Winterstraße 8."

**Wien.** Am 10. Oktober fand in der Wirtschaft des Kollegen Weber eine Mitgliederversammlung statt, die sich außer örtlichen

Angelegenheit auch mit dem Kleben der Kampffondsmarken und einer Aufschrift des Gauleiters befehle. Nach einer sehr regen Aussprache wurde mit knapper Mehrheit beschlossen, die Marken zu kleben. Mit Befremden nahm die Versammlung Kenntnis von einem Schreiben des Kollegen Sarfert, worin er der Zahlstelle mangelhafte Beitragsleistung vorwirft. Es kam bei der Aussprache zum Ausdruck, daß der Gauleiter jedenfalls schlecht über die hiesigen Verhältnisse orientiert ist. Arbeiten doch jetzt von Hunderten von Steinarbeitern, die vor dem Kriege hier und in der Umgegend beschäftigt waren, keine 10 mehr an Platte. Das ganze Jahr geht es von einem Ort zum andern. Sobald man glaubt festen Fuß gefaßt zu haben, wird man wieder entlassen, so daß von einem regelrechten Arbeitsverhältnis nicht gesprochen werden kann. Wenn sich Kollege Sarfert einmal eingehend um die traurige Lage im Sandsteingewerbe unterrichten will, so muß er zu uns kommen. Lebhaft wurde bedauert, daß auch auf dem Verbandstage mit keinem Wort die schlechte Lage des Sandsteingewerbes im besetzten Gebiet gestreift wurde. Vorjährender Koll. K r o l l schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß wir trotz aller Beschwerden treu zum Verband stehen.

**Währungsfrage.** Zu den am 17. und 18. Oktober abgehaltenen Versammlungen war Kollege Winkler vom Zentralvorstand erschienen. Tagesordnung: 1. Bericht über Tarifamtssitzung in Würzburg. 2. Kassenbericht. 3. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage der Steinindustrie“. Kollege Schwarz berichtet, daß mit Ablauf des Abkommens vom 30. September eine neue Forderung in Höhe von 15 Proz. gestellt war. Wie immer, so auch diesmal, waren die Arbeitgeber nicht freiwillig an den Verhandlungstisch zu kommen; erst auf unser Drängen durch das Tarifamt bequemten sie sich, zu verhandeln. Das Ergebnis der Verhandlung war denn auch danach, denn obwohl unsere Vertreter die gestellte Forderung ausreichend begründeten (wir haben noch zahlreiche Positionen im R. L. T., laut denen wir noch 7 bis 10 Proz. unter dem Tarif der Vorkriegszeit arbeiten müssen), waren die Unternehmer und auch der Vorsitzende des Tarifamts nicht zu bewegen, uns auch nur das geringste Zugeständnis zu machen, so daß die ganze Sitzung vollständig negativen Erfolg hatte, da unsere Vertreter den gefällten Schiedsspruch ablehnten. Es bliebe nun noch die letzte Instanz, das Reichsarbeitsministerium, aber bei der bekannten Einstellung desselben wisse man ja, was von dieser Stelle zu erwarten sei. Ueber diesen Bericht entspann sich nun eine längere Aussprache, in der zum Ausdruck kam, daß das Verhalten der Unternehmer nicht verwunderlich sei, denn als Schöpfkind der jetzigen Regierung können sich die Herren ja manches erlauben. Eine Anrufung des Reichsarbeitsministeriums sei nicht zu empfehlen; das Gegebene sei, rüsten und abwarten, denn eine uns günstige Periode komme auch wieder. Auch die Haltung des unparteiischen Vorsitzenden wurde kritisiert. Im 2. Punkt gab Kollege Schwarz den Kassenbericht und brachte Markenverschleiß, Mitgliederbewegung und Kassenbestand zur Kenntnis. In der anschließenden Debatte wurde auf das Mißverhältnis zwischen verkauften niedrigen Marken und vertriehenem Stundenlohn hingewiesen, so daß die Behauptung, daß ein großer Teil Kollegen nicht seine statutenmäßigen Beiträge bezahlt, sehr berechtigt erscheint; der Geschäftsführer möge in dieser Beziehung ein wachsames Auge haben, die Extrasteuern seien letzten Endes nur die logischen Folgen solcher Beitragsrückerei. Dem Kollegen Schwarz wurde auf Antrag der Revisoren, die Kasse und Bücher in Ordnung fänden, Entlastung erteilt. Zum 3. Punkt referiert Kollege Winkler. Mehrere Kollegen sprachen im Anschluß über Handlungen und Fehler, die ihrer Meinung nach die Zentrale gemacht habe. Bezüglich der Extrasteuer wurde die Notwendigkeit derselben eingesehen, doch wurde auch verlangt, die Zentrale möge anderwärts auch energisch vorgehen und die Durchführung statutenmäßiger Beiträge durchsetzen; daß hierin nicht alles in Ordnung sei, ergebe sich daraus, daß z. B. bei der Abrechnung des Hauptverbandes nicht weniger als 69 Proz. aller Marken als „unter 60 Pfg. verkauft bekanntgemacht worden seien. Kollege Winkler erwiderte, daß über manche der vorgebrachten Angriffe bereits der Verbandstag gesprochen habe und die Zentrale entlastet worden sei, deshalb sei ein weiteres Eingehen unnötig. Im übrigen empfehle er gegenseitiges Vertrauen und Sichverstehen, dann werde unser Verband stets Stütze im wirtschaftlichen Kampfe sein. Ein Appell zur pünktlichen Beitragsleistung und Verbandsstreue schloß die anregenden, gutbefaßten Versammlungen.

**Außerreden.** Am 18. Oktober tagte in Kaiserslautern im Gewerkschaftshaus eine von der Gau- und Bezirksleitung einberufene Konferenz der Schotter- und Pflastersteinarbeiter der Rheinpfalz. Folgende Tagesordnung wurde erledigt: 1. Tätigkeitsbericht des Bezirksleiters. 2. Bericht über die Reichskonferenz der Schotter- und Pflastersteinarbeiter. 3. Allgemeine Verbandsangelegenheiten. — Vertreten waren außer dem Gauleiter Sarfert und Bezirksleiter Gras 9 Zahlstellen mit 10 Vertretern. Zum 1. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Gras seinen Bericht von der Zeit, wo er wieder von seiner Ausweisung zurückgekehrt ist, woraus zu entnehmen war, daß der Mitgliederstand, der vor seiner Ausweisung 1720 betrug, bis heute immer noch nicht erreicht ist. Weiter war aus dem Bericht zu entnehmen, daß in der Berichtszeit 77 Versammlungen stattfanden und 33 Betriebsversammlungen. Die Diskussion endete darin, daß dem Kollegen Gras das Vertrauen mit allen Stimmen ausgesprochen wurde. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung erstattete Kollege Sarfert ausführlichen Bericht über die Reichskonferenz. Die anschließende Diskussion hielt sich im sachlichen Rahmen. Zum 3. Punkt der Tagesordnung erstattete ebenfalls Kollege Sarfert den Reigen und gab die Rundschreiben des Zentralvorstandes betreffs der Ausstellung in Düsseldorf 1926 und das Rundschreiben vom 2. Oktober, wozu die Kollegen ihre Zustimmung gaben. Dann gab Sarfert einen Überblick über die finanzielle Lage unseres Verbandes und zog einen Vergleich über die Anteile der einzelnen Kollegen vor dem Kriege und jetzt. Des weiteren erörterte er die Beitragsfrage und die Extrasteuer. Die Kollegen gelobten, alles daranzusetzen, um unsern Verband wieder zur alten Schlagkraft zu verhelfen.

### Rundschau.

**Hermann Greulich f.** Der Senior der Schweizer Arbeiterbewegung starb am 8. November in Zürich, 83 Jahre alt. Sechs Jahrzehnte hat der Verstorbene für die schweizerische Bewegung gewirkt. Von Geburt war er Deutscher, in Breslau geboren, von Beruf Buchbinder. Hermann Greulich hat für die Gewerkschaftsbewegung Außerordentliches geleistet. Sein Name wird vorleben in den Herzen und Hirnen der internationalen Arbeiterbewegung.

**Aus der Steinindustrie.** Eine Verbandsauschussung des Reichsteinerverbandes am 14. u. 15. Oktober in Würzburg beschloß: „eine eigene Streikentschädigungsgesellschaft der deutschen Natursteinindustrie zu gründen, um die Streikversicherungsmöglichkeit einheitlich für die gesamte Natursteinindustrie durchzuführen zu können, und um namentlich auch die Firmen der Natursteinindustrie einheitlich gegenüber den beiden Streikentschädigungsgesellschaften, dem Deutschen Industrieversicherungverband in Dresden und dem Deutschen Streikschutz in Berlin, vertreten zu können. Mit der Durchführung der Sache ist die Kommission für Arbeitgeberfragen beauftragt worden, die ihre Arbeiten so beschleunigen wird, daß zum 1. Januar 1926 die Streikentschädigungsgesellschaft der Natursteinindustrie ihre Arbeiten aufnehmen kann.“

„In der Frage der Propaganda für die Verwendung von Naturstein gab der Verbandsauschuss seiner Auffassung dahin Ausdruck, daß es nicht zweckmäßig sei, diese Frage durch den Reichsteinerverband bearbeiten zu lassen, daß vielmehr diese Angelegenheit von den einzelnen Fachverbänden speziell für ihre Erzeugnisse in Bearbeitung genommen werden sollte.“

Das sind zwei bemerkenswerte Beschlüsse! Der erste ist ein Zeugnis von dem Kraftgefühl der Unternehmer-Spitzenorganisation gegen die organisierten Steinarbeiter; im zweiten Beschlusse ist jedoch merkwürdigerweise dieses Kraftgefühl wieder verschwendung. Unferne unmaßgebliche Meinung hätte allerdings die Verschwendung

bei der Propaganda für Naturstein für viel logischer und praktischer gehalten. Aber das ist bekanntlich in der Natursteinindustrie nichts zu machen; wir können nur sagen: Jedem wie es schmeckt, auch wenn alles durcheinanderquirlt!

**Ausland.** Im schwedischen „Steinarbeiter“ Nr. 5 vom Oktober 1925 wird in einem längeren Artikel „Deutschland und der schwedische Steinexport“ lebhaft Klage geführt über den Rückgang der schwedischen Steinausfuhr für Deutschland. Die Ursachen werden zu ergründen versucht. Nach einigen ganz richtigen Feststellungen kommt jedoch der Verfasser auf Irrwege, wenn er schreibt, daß nunmehr, nachdem in Deutschland die Stabilisierung Erfolg hat, die unterbundene Pflastersteinimport aus Schweden einen unfreundlichen Akt gegen Schweden und sein Arbeitsvolk darstellt. So darf man natürlich diese auch für die deutschen Steinarbeiter wichtige Angelegenheit nicht aufziehen. Es ist uns bekannt, daß in früheren Jahren bis 1913 70 Prozent der schwedischen Steinproduktion nach Deutschland ausgeführt wurde. Heute allerdings nicht mehr, weil Deutschland selber sehr reich an guten und brauchbaren Gesteinsvorkommen ist, das dem schwedischen an Qualität und Quantität für den in Frage kommenden Gebrauchszweck nicht nachsteht. Die deutsche Steinindustrie ist sehr entwickelt und leistungsfähig, sie beschäftigt in dem Zweig, der für Schwedens Einfuhr in Betracht käme, rund 40 000 Arbeiter. Diese 40 000 deutsche Pflastersteinarbeiter mit ihren Familien wollen Arbeit, wollen Brot haben. Nur aus diesem Grunde ist die unterbundene Einfuhr zu verstehen. Sie hat mit Freundslichkeit und Unfreundlichkeit gegen Schweden durchaus nichts zu tun.

Die schwedische Steinausfuhr erfährt immer größere Einschränkungen, Arbeiterentlassungen sind dauernd zu verzeichnen; wir deutschen Steinarbeiter kennen das auch aus eigener Erfahrung, wir wissen auch die dadurch entstehende persönliche Not einzuschätzen, können aber aus Selbsterhaltungstrieb nicht der früheren Einfuhr das Wort reden, weil das einem wirtschaftlichen Selbstmord unersetzlich gleichkäme. Wir wissen wohl, daß deutsche Kommunen in letzter Zeit wiederholt versucht haben, einen Teil ihres Pflastersteinmaterials aus Schweden zu decken, weil ihnen angeblich die Preise in Deutschland zu üppig werden. Hauptächlich sind es die Orte aus den Küstengebieten, die deutsche Wasserfronte, die es immer wieder versuchen. Wir, die Steinarbeiterorganisation, sind der Meinung, daß gegen wucherische Preisbildungen in der deutschen Steinindustrie schon vorgegangen werden kann und daß ferner für diese Küstengebiete ein Ausgleich — wegen der Bahnfrachten — geschaffen werden muß. Allerdings muß hierbei mit der nötigen Einschränkung auch die schwedische Steinindustrie ihren Anteil hätte. Mit allem Nachdruck möchten wir aber betonen, daß die verminderte Einfuhr von Schweden kein Anlaß sein darf, für deutsches Gestein unangemessene Preise zu fordern. Der Zentralverband der Steinarbeiter wird hier auf dem Posten sein, um solches zum Schaden der Arbeiter und der Kommunen zu verhindern wissen.

### Zur Ordnung im Beitragsbuch!

Jede Woche ist immer derjenige Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interimsliste fällig, wie die wöchentliche Ausgabe des „Steinarbeiters“ numeriert ist.

**Das Grabmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert.** Der „Steinbildhauer“ bringt es in zwei Abbildungen und schreibt dazu: Ein neuzeitliches Denkmal im besten Sinne des Wortes ist das Grabmal für Friedrich Ebert, das kürzlich auf dem schönen Waldfriedhof in Heidelberg aufgestellt wurde. Es ist ein Werk der besten des bekannten Architekten Prof. Dr. Peter Behrens in Berlin; die plastischen Arbeiten stammen von dem Münchner Bildhauer Knappe, der sich durch seine Mitarbeit am Münchner Kriegerdenkmal ausgezeichnet hat. Die Ausführung des Denkmals, die, sowohl was Arbeit wie Material anbelangt, eine vorzügliche zu nennen ist, geschah in Riefersfelden durch die sich des besten Rufes erfreuende Marmorindustrie Riefer. Das Material, blauer Juramarmor, stammt aus dem Steinbruch dieser Firma in Rehligen (bei Treuchtlingen); beachtenswert ist die Ausführung der vier Adler in alter Kerbsteintechnik.

Die Wirkung des Denkmals ist zufolge der glücklichen Komposition und des ausgewählten Steinmaterials eine ganz eigenartige. Die Künstler beabsichtigen — wie der „Steinbildhauer“ schreibt — das Denkmal mit einer grünen Einfassung zu umgeben, um die Wirkung des Denkmals zu steigern. — Auf den Abbildungen, die durch verschiedene illustrierte Zeitschriften gehen, sieht man immer ein Kreuz im Hintergrund. Dies Kreuz gehört nicht zu dem Denkmal für Friedrich Ebert, sondern zu einem andern Denkmal.

**Von den Berufsgefahren.** In einem Ralksteinbruch hatte sich offenbar ein Arbeiter schlecht angefaßt bzw. sein Seil, an dem er befestigt war, an dem Hauptteil nicht genügend befestigt. Beim Ausbrechen an der hohen Bruchwand löste sich sein Seil vom Hauptteil und er stürzte die Felswand hinunter, wobei er sich so schwer verletzte, daß er bald danach starb.

Ein Schießmeister hatte nach vorchriftsmäßiger Beiseitigung eines Verjagers festgestellt, daß dessen Ladung nicht explodiert, sondern ausgeworfen worden war. Er vermutete, daß ein Mangel an der Zündkapfel an dem Verjager des Schusses schuld gewesen sei. Anstatt die Sprengkapfel unschädlich zu machen, wollte er, um den Fehler festzustellen, die über dem Anschlag befindliche Sicherheitsbrücke mittels eines Nagels aus der Sprengkapfel entfernen. Hierbei explodierte diese und verletzte ihn schwer an der linken Hand. Als Begründung für sein unbegreifliches Vorgehen gab der Verletzte die eigentümliche Erklärung ab, er habe nach der Ursache des Verjagers sehen wollen, um die mit den Sprengarbeiten beschäftigten Leute vor Unfallgefahren zu schützen. Seine eigenen Schutz setzte er leichtsinnig aufs Spiel.

In einem Hartsteinbruch sollte ein am Stoß ziemlich wackrig angelegtes, drei Meter tiefes Bohrloch mit Schwarzpulver geschnürt werden. Der Schießmeister fertigte für die erste Ladung 7 kleine Schwarzpulverpatronen, lud sie in das Bohrloch und brachte die Ladung ohne Befehl mit Zündschnur zur Entzündung. Nachdem die Explosion erfolgt und das Schluszeichen gegeben war, begaben sich die Leute wieder zu ihren Arbeitsplätzen. Auf dem Wege dahin mußte ein Bohrmaschinist an der Schußstelle vorüber. Als er dieselbe passierte, erfolgte eine schwache Nachexplosion, durch die er leicht verletzt wurde. Mit Bestimmtheit konnte die Ursache dieser Nachexplosion nicht ermittelt werden, es ist jedoch anzunehmen, daß eine der Schwarzpulverpatronen beim Einbringen in das Bohrloch beschädigt wurde, das Pulver entfiel ihr, verließ sich in einen Riß oder Spalte und wurde vermutlich durch glimmende Zündschnurreste nachträglich entzündet.

Ein Bruchmeister und ein Schießmeister luden zusammen ein Bohrloch mit losem Schwarzpulver ohne einen Richter zu benutzen. Bei der Weiterarbeit an dem Loch, wahrscheinlich über dem Einführen des Ladefoßes, erfolgte eine Explosion, welche die beiden Beteiligten erheblich verletzte.

**12 000 Mark für die Arbeit einer halben Stunde.** Ueber Löhne einzelner Arbeitergruppen zerbricht man sich den Kopf, obwohl sie im Vergleich der Teuerung die Reallöhne der Friedenszeit kaum erreichen. Daß es aber Leute gibt, die Riesenverdienste ohne große Anstrengung erzielen, wird in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Die Gerichts-, Notars- und Rechtsanwaltsgebühren erreichen teilweise eine Höhe, wie man sie in einem verarmten Lande nicht für möglich halten sollte. Eine Firma berichtet über ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete in den

Wirtschaftlichen Nachrichten von Rhein und Ruhr. Wir entnehmen daraus folgendes: Es mühten an Notarsgebühren bezahlt werden:

Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer eine halbe Stunde	12 000 Mk.
Protokollierung einer Generalversammlung, Dauer eine Viertelstunde	2 400 „
Kapitalerhöhung einer Aktiengesellschaft in Höhe von einer Million Mark	29 000 „
Anmeldung einer Kommanditgesellschaft (zwei Anwälte je 68 Mark)	136 „
Annahme eines Vertrages. Dauer 15 Minuten	800 „
Teilnahme an einer Generalversammlung außer den direkten Kosten	2 000 „
Für einen Prozeß (gesetzliches Anwalts Honorar)	20 000 „
Dazu ein Extrahonorar, obwohl der Prozeß verloren ging	30 000 „

Das sind einzelne Beispiele, die, wie die Schriftleitung der „Wirtschaftlichen Nachrichten“ hinzufügt, durchaus nicht vereinzelt dastehen. Es ist gewiß jedem das Seine zu gönnen, auch sind wir der Meinung, daß Rechtsanwälte und Notare ausreichend bezahlt werden müssen. Derartige Forderungen gehen aber über die Hut- schur und müssen als ein Standal betrachtet werden, solange die Einkünfte von Millionen um die Hungersgrenze schwanken.

**Von Johannes Teigel zu Morgan.** Der Vatikan hat bei New Yorker Banken eine Anleihe von 1,5 Millionen Dollar aufgenommen. Ein Beweis, daß die Welt in all ihren Teilen fortschreitet. Auch bei der Kirche ist nicht mehr die Rede von den Schätzen, die der Rost und die Motten zerfressen. Nicht mehr hört man des Nazareners Worte von der großen Wildtätigkeit, von den zwei Köden, die jemand besitzt, demjenigen einen abzugeben, der keinen hat. Die finanzielle Grundlage der katholischen Kirche war neben den ungeheuren immobilien Reichtümern der Peterspfennig, der in den Kirchen der ganzen Welt gesammelt und dem Vatikan zur Verfügung gestellt wird. Diese Finanzierungsweise des Heiligen Stuhles scheint nicht mehr auszureichen, denn sonst würde man keine Anleihe in Amerika aufgenommen haben. Ehemals zogen Johannes Teigel und andre Sendlinge des Papstes in die Welt hinaus und verkauften Ablaßbriefe, um die weltlichen Bedürfnisse des Vatikan zu befriedigen zu können. Heute klopft der Heilige Vater selbst bei Morgan an. Man kann im Zweifel sein, welche Macht heute die Stärker ist, die des Dollarkönigs Morgans oder die des irdischen Vertreters des Heiligen Stuhles Petri. So haben sich die Zeiten geändert! Und zwischen Johann Teigel und Morgan liegt eine ungeheure Entwicklungspanne.

### Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitern.

**Gaubezirk 4. Steinseherbranche.** Die Lohnsätze für den Steinseherberuf in Mitteldeutschland sind durch einen Beschluß des Landesarbeitsamtes bis zum 31. 12. 1925 verlängert worden. Die beiderseitigen Tariforganisationen haben den Beschluß angenommen. **Wohlfahrtsvereinigung betr.** Die nach dem bestehenden Tarifvertrag fälligen Unterzahlungen kommen Mitte Dezember zur Auszahlung. Es ist zu empfehlen, daß sich unsere Mitglieder die notwendigen Unterlagen beschaffen und spätestens Anfang Dezember an die zuständige Wohlfahrtskassen einleiten. Aus den Unterlagen der eingereichten Anträge muß zu ersicht sein, wieviel Stunden in den einzelnen Wochen gearbeitet und welche Lohnsätze zur Auszahlung gekommen sind. Die Anträge können zahlstellenweise gesammelt und an die Adressen der Wohlfahrtskommissionen, die in einer der nächsten Nummern des Fachorgans veröffentlicht werden, zur Einsendung gelangen. Vorbedingung zur Auszahlung der Unterzahlungen ist selbstverständlich die seitens der Unternehmer erfüllte Beitragspflicht. Kollegen, sichert eure Rechte und veranlaßt eventuell die säumigen Unternehmer zur sofortigen Einzahlung der Pflichtbeiträge!

**Odenwaldbezirk (Granitwerkstein- und Pflastersteingruppe).** Durchreisende Kollegen haben sich, bevor sie um Arbeit nachfragen, bei unseren Vertrauensleuten zu melden, und zwar in Hembach bei Friedr. Weidenhämmer, Bezirksleiter, Schloßstr.; in Heppenheim bei Karl Ulrich, Steinmetz, Gartenstr.; in Kirchhausen bei Josef Kraus, Steinmetz; in Rimbach bei Alois Holzhammer, Pflastersteinbauer; in Zwingenberg bei Peter Rindinger, Pflastersteinbauer (Steindruck Rühl und Reimuth).

**Odenburg.** Vor dem Steinseher Willi Schmieder wird hiermit gewarnt. Selbiger hat hier eine Woche unangemeldet gearbeitet und bei seiner Abreise einige Kollegen geschädigt.

### Adressenänderungen.

- 1. Gau. N.-B. Odenburg (Odenburg). Vorf.: Hermann Brandt, Brackmannsweg 1.
- 5. Gau. Rhen I. Vorf.: Nikolaus Knopp, Severinstr. 26, ptr.
- 6. Gau. Tüfstein. Vorf.: Michl Duschinger.
- 8. Gau. Fehrenbach a. M. Vorf.: Viktor Rümmelein. — Weltlich, Post Preßlig (Bay.). Vorf.: Bartl. Müller, Nr. 21. Kass.: Friedrich Horn, Nr. 28.

## Anzeigen

**Berlin**     **Berlin**

Am Montag, dem 23. November 1925, nachmittags 5 Uhr  
im Prälaten, Berliner Allee

**Betriebs-Versammlung aller bei der Firma  
Köstner & Gottschalk beschäftigten Kollegen  
einschließlich aller Bausteinmetzen**

Erscheinen aller ist Pflicht.     Der Betriebsrat. I. A.: Engelke

## Suche per sofort 5 Steinsetzer

für sämtliche Pflasterarbeiten  
firm im Legen von Platten (50 x 58). Wenn kein Frost kommt, Beschäftigung  
im ganzen Winter.

**E. Hüske, Bremen, Starnberger Straße 63.**

## BÜCHER

die in keiner Zahlstelle fehlen dürfen,  
für Betriebsräte u. Gewerkschafts-  
funktionäre empfohlen

Verlag des ADGB., Berlin S. 14  
Inselstraße 6.

## Pflasterhämmer

sowie sämtliche Werkzeuge für  
Straßenbau und Steinschlag.

Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager  
Berlin N. 20, Hohenstraße 19.

## Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht,  
für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingeliefert werden

In **Hanzenberg** am 4. Oktober der Hilfsarbeiter Ludwig Uhl, 52 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Dessau** am 17. Oktober der Steinseher Eduard Spielau, 24 Jahre alt, Herzschlag.

In **Odenburg** am 22. Oktober der Sandsteinmetz Hermann Stute, 45 Jahre alt, Lungenleiden.

In **Dresden** am 27. Oktober der Sandsteinmetz Karl Eichler, 53 Jahre alt, Lungen tuberkulose.

In **Würzburg** am 3. November der Steinmetz Franz Dieb, 61 Jahre alt, Asthma.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler, beide in Leipzig.  
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Der Reichsverband der deutschen Steinindustrie und der Zentralverband der Steinarbeiter.

Den Mitgliedern unseres Verbandes wird noch in Erinnerung sein, daß in der Nr. 39 des „Steinarbeiter“ vom 26. September 1925 in einem Artikel „Steinarbeiter, gebt acht“ gegen gewisse Beschlüsse des Vorstandes vom Reichsverband der Deutschen Steinindustrie protestiert und polemisiert wurde. Selbstverständlich waren das Beschlüsse, welche die Belange der organisierten Steinarbeiter stark berühren. In der Hauptsache war es der aufreizende Beschluß in dieser Unternehmerrückmeldung, mit Rücksicht auf die Preisentwertung der Regierung, jeden Schiedspruch, der etwa eine Lohnsenkung vorseht, abzulehnen. Dieser Beschluß steht nach unserer Kenntnis der organisatorischen Dinge alle tariflichen Schlichtungsinstanzen, die durch gegenseitige Vereinbarungen beiderseits festgelegt wurden, einfach schachmatt. Es kann nun allerdings gesagt werden: Was der Vorstand des Reichsverbandes beschließt, ist nicht maßgebend für den Inhalt des Tarifvertrages, der mit dem Reichsverband der Pflasterstein- und Schotterindustrie, mit dem Verband Deutscher Granitwerke, oder mit dem Grabbau-Gewerbeverband und den Steinarbeiterorganisationen abgeschlossen wurde. Das ist auch an gewissen Stellen zum Ausdruck gekommen. Aber bei Beurteilung dieser Angelegenheit darf nicht übersehen werden, daß der Reichsverband die Spitzenorganisation aller Unternehmerrückmeldungen in der Natursteinindustrie darstellt und in dessen Vorstand sitzen auch Vertreter dieser Fachverbände. Wir haben jedoch nirgends vernommen, daß diese Vertreter bei dem Beschluß etwa auf die noch bestehenden Tarife und Schlichtungsinstanzen verwiesen hätten. Der Beschluß bindet also die Unternehmerbesitzer in den Schlichtungsstellen in jedem Fall! Unre Polemik und unser Protest ist demnach zweifellos berechtigt und — angebracht. Die Unternehmer wissen das auch, und die einschlägigen unter ihnen, die sich ihre Auffassung von dem Wert einer Tarifvereinbarung nicht nach der jeweiligen Konjunktur bilden und die für alle Fälle den Tarifvertrag nebst seinen Schlichtungsinstanzen respektieren, die waren von den genannten Beschlüssen nicht sehr erbaut. Mehr wollen wir dazu vorläufig nicht sagen! Auch der Vorstand unseres Verbandes hat als Tarifkontrahent in einem längeren Schreiben an den Vorstand des Unternehmerrückmeldungsverbandes gegen solche Beschlüsse selbstverständlich die Verwahrung eingelegt. Nun hat der Reichsverband in einer Verbandsauschussung am 14. Oktober zu der Kritik im „Steinarbeiter“ und zum Schreiben unseres Verbandes Stellung genommen und beschlossen, nachstehendes Antwortschreiben an den Steinarbeiterverband zu richten. Dieses Schreiben kam am 25. Oktober in unsern Besitz. Es wurde auch abgedruckt in Heft 23 vom 5. November in der Unternehmerrückmeldung „Die Steinindustrie“ und hat folgenden Wortlaut:

24. Oktober 1925. An den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands, Leipzig, Zeißer Straße 30.

Zum Schreiben vom 16. September.

Wir haben Ihre Zuschrift vom 16. September unserm am 15. Oktober zu einer Sitzung zusammengetretenen Verbandsauschuss zur Entscheidung vorgelegt und gestatten uns, auf Grund der Aussprache in diesem Ausschuss Ihnen folgendes zu erwidern:

Wir müssen gestehen, daß wir weder Ihren Brief noch Ihre Entschuldigungen über die von dem Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie gefasste Entschuldigungs- und Rückmeldung auf die Preisentwertung der Regierung keine weiteren Lohnsenkungen mehr zu bewilligen, verstehen können. Mit demselben Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen, könnte beispielsweise auch die Arbeitgeberseite in Zuschriften an Sie protestieren, wenn Sie in Ihren Verbandsorganen etwa die Beibehaltung des Achtstundentages beschließen, und sie könnte Ihnen gegenüber mit demselben Recht zum Ausdruck bringen, daß sie eine derartig wirtschaftsfeindliche Einstellung Ihrer Gewerkschaft zum Anlaß nehme, in Zukunft jede Zusammenarbeit mit Ihnen abzulehnen. Es muß uns selbstverständlich unbenommen bleiben, unsere Einstellung zur Lohnfrage ebenso unabhängig vorzunehmen, wie wir auch Ihnen das Recht zugestehen, Ihre eigenen Entschuldigungen zu fassen, wie sie sich auf Grund der Stellungnahme Ihrer Mitglieder ergeben.

Wir selbst haben immer den Gedanken einer Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vertreten und glauben wohl in Anspruch nehmen zu können, daß wir den Beweis erbracht haben, daß wir nach dieser Auffassung auch gehandelt haben. Mit lebhaftem Bedauern müssen wir allerdings aus Ihrem Schreiben erfahren, daß Sie den Standpunkt vertreten, daß eine Zusammenarbeit auf uns „genehmen Gebieten die Zusammenarbeit auf den Ihnen genehmen voraussetzt“, so daß Sie offenbar nur dann zu einer Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite bereit sind, wenn die Arbeitgeberseite auf dem Gebiete der Lohnfrage sich Ihnen willfährig erweise. Demgegenüber müssen wir erklären, daß die Berücksichtigung der Lohnfrage mit der Frage einer Zusammenarbeit mit Ihrer Gewerkschaft für uns nicht diskutabel ist. Da wir uns vorantwärtlich fühlen für die Preisgestaltung unserer Erzeugnisse, müssen wir auch Wert darauf legen, daß auch die Lohnfrage in einer Weise erledigt wird, die den Absatz unserer Erzeugnisse ermöglicht. In der Entscheidung unseres Vorstandes ist allerdings zum Ausdruck gekommen, daß wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch die Gewerkschaften zu der Einsicht gelangen, daß nur eine verständige Lösung der Lohnfrage dazu führen kann, unsere Industrie konkurrenzfähig und lebensfähig zu erhalten und auf diese Weise eine Arbeitslosigkeit zu vermeiden, an deren Beseitigung der Arbeitnehmer mindestens ebenso interessiert ist wie der Arbeitgeber. Wir sind uns wohl bewußt, daß es in der Lohnfrage immer zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kommen wird; wir würden es aber im höchsten Maße für bedauerlich halten, wenn Sie an der Auffassung festhalten würden, daß eine Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite in allen wirtschaftlichen Fragen nur dann möglich sei, wenn die Arbeitgeberseite die Lohnfrage in einer Ihrer Gewerkschaft genehmen Weise erledigt. Wir müssen offen bekennen, daß eine derartige Einstellung allerdings dazu führen müßte, daß eine Zusammenarbeit mit Ihrer Gewerkschaft nicht möglich wäre.

Aus diesem Gefühl der Verantwortung für die Preisgestaltung unserer Erzeugnisse und damit für die Befehung des Absatzes unserer Erzeugnisse ist auch die Stellungnahme des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie zu der Preisentwertung der Regierung erfolgt. Der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Steinindustrie war einmütig der Auffassung, daß eine Preisentwertung der Regierung oder selbst nur ein Anhalten der Preise auf der gegenwärtigen Höhe überhaupt nicht durchführbar sein würde, wenn die Industrie noch weitere Lohnsenkungen tragen müßte, da der Lohnfaktor bei den Herstellungskosten unserer Produktion einen sehr bedeutenden Anteil hat. Aus diesem Grunde ist auch beschlossen worden, Schiedsprüche, die trotz der Preisentwertung der Regierung neue Lohnsenkungen vorsehen, nicht zur Durchführung zu bringen, d. h. diejenigen gesetzlichen Mittel anzuwenden, die dem Arbeitgeber zur Verfügung stehen, um ungerechtfertigte Lohnsenkungen, welche in Schiedsprüchen vorgeesehen werden, abzuwehren. Wir haben uns also hier gegen das System der Zwangstarife ausgesprochen. Wir wissen indessen, daß die Gewerkschaften dieses System der Zwangstarife ebenfalls bekämpfen wie wir selbst, weil auch sie Handlungsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, wenn ein Schiedspruch ihnen nicht zulagt; daselbe Recht der Handlungsfreiheit verlangt selbstverständlich auch die Arbeit-

geberseite für sich. Nicht bekannt ist uns allerdings, daß „eine ganze Anzahl von Löhnen zurückgeblieben sei“. Bekannt ist uns nur, daß in einer Reihe von Bezirken die Löhne der Pflasterstein- und Schotterindustrie eine solche Höhe erreicht hatten, daß von andern Industriezweigen in einer großen Anzahl von Fällen Klagen über die hohen Löhne geführt worden sind, da durch diese hohen Löhne die andern Industriezweige, die in besonderem Maße unter schlechtem Geschäftsgang leiden, eine starke Abwanderung ihrer Arbeiterschaft zu beklagen hatten. Aber auch abgesehen von der Pflasterstein- und Schotterindustrie sind in allen andern Zweigen der Natursteinindustrie trotz der schlechten Geschäftslage die Löhne dermaßen in die Höhe gehoben worden, daß die Firmen der Natursteinindustrie mit schwerer Sorge der Entwicklung der Dinge entgegensehen, weil sie befürchteten, daß nicht nur ein Auslands-geschäft bei derartigen Löhnen künftig nicht mehr möglich sein werde, sondern daß auch das Inlandsgeschäft mit Rücksicht auf die heftige Konkurrenz der Betonindustrie zum Erliegen kommen müßte. Dies um so mehr, als die Löhne stärker gestiegen sind, als der amtliche Lebenshaltungsindex eine Verteuerung der Lebenshaltung anzeigt. Eine Einigung über diese Fragen mit Ihnen zu erzielen, wird wohl kaum möglich sein, wie wir leider nach Ihrem Schreiben vom 16. September annehmen müssen, und wir halten es deshalb für zwecklos, den Versuch zu unternehmen, auf schriftlichem Wege uns hierüber mit Ihnen auseinanderzusetzen.

Wie wir bereits betont haben, haben wir immer an dem Gedanken einer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgehalten. Wir glauben, daß Ihre Vorwürfe, wir hätten Sie von der Mitarbeit an wirtschaftlichen Fragen ferngehalten, in jeder Beziehung unbegründet sind. Wir haben für jede Frage, für die wir Ihre Geneigtheit zur Mitarbeit annehmen konnten, diese Mitarbeit nachgesucht und haben in durchaus offener Weise mit Ihnen hierüber gesprochen. Wir verweisen nur auf die Frage der Gefängnisarbeit, neuerdings auf die Frage des Reichsknappschutzes, die Propagandafrage und auf die Zollfrage. Es ist nicht zutreffend, daß wir Sie über die Anträge der Natursteinindustrie zur Zollfrage nicht unterrichtet hätten. Wir haben Ihnen noch vor der Beschlußfassung des Reichswirtschaftsrates, nachdem wir von Herrn Fromm (christlicher Verband, Reb. Steinarb.) gehört hatten, daß die Gewerkschaften zu einer Zusammenarbeit mit uns auf diesem Gebiet bereit seien, die Anträge der deutschen Natursteinindustrie zur Neugestaltung der deutschen Zolltarife mit der Bitte übermittelt, diese Anträge gleichfalls vertreten zu wollen. Aus Ihrem Schreiben vom 16. September müssen wir indessen mit Bedauern erfahren, daß Sie auf dem Gebiet der Zollpolitik von Grund aus anders eingestellt sind, als die Arbeitgeberseite, und es dürfte also nach unseren Erfahrungen zwecklos sein, in einer Reihe von Sitzungen den Versuch zu machen, Sie zu einer andern Auffassung auf dem Gebiet der Zollpolitik zu bekehren. Eine Zusammenarbeit ist selbstverständlich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nur auf denjenigen Gebieten möglich, auf denen eine Uebereinstimmung der Anschauungen besteht. Soweit wir annehmen konnten, daß diese Uebereinstimmung für einzelne Fragen gegeben sei, haben wir uns mit Ihnen wegen einer gemeinsamen Besprechung der Sachen in Verbindung gesetzt. Soweit diese Uebereinstimmung nicht gegeben war, hielten wir es für eine Vergeudung von Zeit und Arbeit, den Versuch zu unternehmen, Sie zu einer Änderung Ihrer Auffassung zu bekehren, zumal uns bekannt ist, daß die Richtlinien für die Behandlung wirtschaftlicher Fragen zum wesentlichen Teile durch den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gegeben werden, und wir noch nicht die Erfahrung gemacht haben, daß Sie in einzelnen Fällen von diesen Richtlinien mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse in untrer Industrie abgewichen wären.

Nach alledem glauben wir, daß für Sie eine Verantwortung zu einem Protest gegen die in Frankfurt a. M. gefassten Beschlüsse nicht vorliegt, da diese Beschlüsse im wesentlichen Selbstverständlichkeiten zum Ausdruck bringen. Nach den zuvor angegebenen Gedanken-gängen werden wir auch künftig, soweit es sich um die Zusammenarbeit mit Ihnen handelt, verfahren, würden es aber bedauern, wenn Sie diese Zusammenarbeit davon abhängig machen würden, daß die Lohnfrage regelmäßig in einer Ihnen „genehmen Weise“ gelöst wird. Eine derartige Verquickung der Lohnfrage mit der Frage der Zusammenarbeit würde für uns freilich unannehmbar sein; wenn Sie aber an dieser Verquickung festhalten, würde von Ihnen auch die Verantwortung für die Unmöglichkeit einer Zusammenarbeit mit Ihnen zu tragen sein.

Reichsverband der Deutschen Steinindustrie e. V. geg. Rouffelle, 1. Vorsitzender. geg. Dr. Andres, Geschäftsführer.

II.

Der Zentralvorstand der Steinarbeiter hat in einer Vorstandssitzung am 4. November das Antwortschreiben des Unternehmerrückmeldungsverbandes zur Kenntnis genommen und beschlossen, darauf folgende Rückäußerung zu geben:

4. November 1925.

An den Reichsverband der Deutschen Steinindustrie e. V., Berlin-Charlottenburg 2, Goethestraße 6.

Auf Ihr Schreiben vom 24. Oktober d. J. haben wir zu erwidern, daß die Differenzen in den beiderseitigen Auffassungen zurückzuführen sind auf die verschiedene Einstellung zur Wirtschaft selbst. Während Sie sie als Selbstzweck betrachten, können wir in ihr nur ein Mittel zum Zweck erblicken. Unsere Einstellung ist keineswegs wirtschaftsfeindlich, wir bekämpfen lediglich selbsttätige Wirtschaftsmethoden, gleichviel ob sie sich im Lager der Arbeiter oder der Unternehmer zeigen. Wir sehen in der Industrie nicht nur die in ihr vereinigten Unternehmer mit ihrem mobilen und immobil Kapital, sondern auch die zur Industrie gehörigen Arbeiter. Nach dieser unserer Auffassung sind industrielle Fragen keine einseitigen Unternehmerfragen, sondern Arbeiter- und Unternehmerfragen.

Ihr Arbeitsgemeinschaftsgedanke basiert nur auf dem engsten Unternehmerstandpunkt, er hat mit Gemeinwirtschaft nicht das geringste zu tun. Doch Sie irren sich, wenn Sie annehmen, daß wir uns mit einer größeren Willfährigkeit auf dem Gebiete der Lohnfrage abfinden ließen. Unser Ziel ist die Umwandlung der Privatwirtschaft in die Gemeinwirtschaft. Nur diese wird eine gerechte Lohn- und Preisgestaltung gewährleisten. Die Preisentwertung der Regierung bemüht sich mit untauglichen Mitteln am untauglichsten Objekt.

Im übrigen gehen Sie mit Ihren Ausführungen vom 24. 10. um den Kern der Sache herum. Ihr Frankfurter Beschluß richtet sich nicht nur gegen das System der Zwangstarife (das auch wir ablehnen), sondern Ihr Beschluß richtet sich gegen das gesamte Schlichtungswesen (einschließlich des tariflichen), das Sie zu andern Zeiten nicht genug fördern konnten. Wie Sie Ihren Beschluß mit Handlungsfreiheit in Einklang bringen können, ist uns ein Rätsel, hebt er doch die Handlungsfreiheit, einen lohn erhöhenden Schiedspruch anzunehmen, von vornherein auf.

Daß es Ihnen angeblich nicht bekannt ist, daß die Löhne teilweise zurückgeblieben sind, sondern daß Ihnen angeblich nur bekannt ist, daß in einer Reihe von Bezirken die Löhne eine solche Höhe erreicht hatten, daß von andern Industriezweigen (soll wohl heißen Unternehmerrückmeldungen) in einer großen Anzahl von Fällen Klagen über die hohen Löhne geführt worden sind, da durch diese hohen Löhne die andern Industriezweige, die in besonderem Maße unter schlechtem Geschäftsgang leiden, eine starke Abwanderung ihrer Arbeiterschaft zu beklagen hatten, wundert uns nicht.

Haben Sie sich jemals nach den höheren Löhnen in andern Industrien gerichtet, als die Verhältnisse ungleichförmig waren. Haben Sie nicht stets auf die damalige bessere Konjunktur verwiesen, die es diesen Industrien erlaubte, höhere Löhne zu zahlen, obgleich Sie

damals gewiß auch Ihr möglichstes getan haben, um auf die Niedrighaltung der Löhne in den Nachbarindustrien hinzuwirken. Die Abwanderung oder richtiger gesagt der Wechsel der Arbeiter von Industrien mit schlechtem zu einem solchen mit gutem Geschäftsgang ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit, die allerdings mit Ihrem freilich nicht gekümmerten Wunsche des künftigen Vorhandenseins einer billigen und willigen Reservearmee von Arbeitslosen nicht in Einklang zu bringen ist.

Der durch die Veränderung der Weltwirtschaft bedingte Exportausfall muß durch erhöhten Absatz im Inland gedeckt werden, was aber nicht durch Niedrighaltung des Lohnniveaus, sondern nur durch Erhöhung desselben bei Beschränkung übermäßiger Unternehmerrückmeldungen und Ausschaltung überflüssiger, die Preisgestaltung unnötig belastender Unternehmen geschehen kann. Geschieht das, so wird auch der Kampf zwischen Natur- und Kunststein (Beton) erträglich sein.

Solange der amtliche Index nur für die Lebenshaltung der Arbeiter maßgebend sein soll und nicht auch für die Unternehmer und deren Sachwalter, solange wird eine Uebereinstimmung in dieser Frage zwischen Arbeiter- und Unternehmerrückmeldung nicht zu erzielen sein, ganz abgesehen davon, daß die amtlichen Berechnungen auf falschen Voraussetzungen beruhen, da die zugrunde gelegten Vorkriegspreise fast durchweg zu hoch angesetzt sind. Hierdurch erscheint Deutschland als ein bedeutend billigeres Land als es in Wirklichkeit ist und das im Verhältnis zu andern Industriestaaten niedrige Lohnniveau erhält dadurch eine scheinbare Berechtigung. Natürlich hüten Sie sich, dieses zuzugeben, obgleich es auch Ihnen bekannt ist.

Trotz der natürlichen Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit sind wir nicht nur nach wie vor gern bereit, mit Ihnen zusammen an der Ausgestaltung und Entwicklung untrer Industrie zu arbeiten, sondern wir verlangen sogar unsere Hinzuziehung zur Erörterung und Entscheidung aller die Gesamtheit (Arbeiter und Unternehmer) betreffenden Fragen. Mit der bloßen Mitteilung Ihres Standpunktes, zum Beispiel in der Zollfrage, ist uns nicht gedient, wir können einen solchen doch nicht unbelesen übernehmen und weiterleiten, ohne den geringsten Einfluß auf sein Zustandekommen gehabt zu haben.

Freilich lassen wir uns wie Sie von den Richtlinien der Gesamtorganisation leiten. Diese unterscheiden sich nur, wie anfangs schon einmal ausgeführt, durch das gemeinnützige Interesse auf der einen und das private Interesse auf der andern Seite. Unsere Forderungen für die Industrie finden eine Grenze im Rahmen der gesamten Volksinteressen und diese wieder eine Begrenzung in der gesamten Weltwirtschaft.

Aus dieser untrer Einstellung haben wir nie einen Hehl gemacht, wir werden uns von ihr auch in Zukunft leiten lassen. Wenn Sie aus diesem Grunde zur Zeit eine „Zusammenarbeit“ mit uns ablehnen, so können wir das ertragen. Wissen wir doch, daß der Wechsel der Zeiten Sie auch in dieser Beziehung wieder willfähriger machen wird.

Hochachtungsvoll Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. J. A.: Ernst Winster.

Um was es sich bei der ganzen Auseinandersetzung, noch weiter handelt, erfahren unsere Leser und Verbandsmitglieder aus dem Inhalt beider Briefe. Im allgemeinen kommt erfahrungsgemäß bei solcher Korrespondenz-Beröffentlichung nicht viel heraus; weil aber der Reichsverband sein Antwortschreiben in seiner Fachpresse, für seine Mitglieder und sonst interessierte Leser zum Ausdruck gebracht hat, haben wir keine Veranlassung, mit der Antwort untrer Verbandsvorstandes nicht das Gleiche zu tun. Im großen ganzen betrachtet ist die Auseinandersetzung ein kleiner Auschnitt aus dem großen Kampfe um die Wirtschaftsdemokratie, den die Arbeiter durch ihre Gewerkschaften führen. Der Arbeiter will, soll und darf künftig nicht mehr als Objekt in der Wirtschaft gelten, sondern sein Mitspracherecht, seine Mitbeteiligung als Subjekt wird letzten Endes erkämpft, trotz aller Widerwärtigkeiten und Unternehmerrückmeldungen.

Berliner Rechtsanwälte und das Arbeitsgerichtsgesetz.

Die Berliner Rechtsanwälte hatten sich am 30. Oktober 1925 zahlreich versammelt, um zu dem Arbeitsgerichtsgesetzentwurf Stellung zu nehmen. Vertreter der Behörden, der Richterverbände und der Gewerkschaften waren geladen und anwesend. Es handelte sich natürlich um den Ausschluß der Rechtsanwälte in der ersten Instanz, so wie ihn der Gesetzentwurf in voller Uebereinstimmung mit den Arbeitern und Angestellten aller Richtungen vorseht.

Fünf Referenten waren zu dem Zwecke gewonnen, die unbedingte Notwendigkeit der Zulassung der Rechtsanwälte, am liebsten die ausschließliche Zulassung zu fordern, zu vertreten und zu begründen. Rechtsanwalt Saenger-München, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, Richter Dr. Schminke-Bremen, Professor Dr. Ripperden-Röln, Justizrat Sauer-Röln und Professor Dr. S w o b o d a -Graz tuteien alle in dasselbe Horn. Sie wollen im „Recht“ nur die „Wahrheit“ suchen, dieses Recht und diese Wahrheit sollen die alleinige Domäne der Richter und der Rechtsanwälte sein. Die Unternehmer und die Arbeitnehmer sind dazu ungeeignet. Besonders die Gewerkschaften wollten das Arbeitsgerichtsgesetz durch die Borenthaltung der Parteivertretung für die Unorganisierten dazu benutzen, diese Unorganisierten zu zwingen, Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Dagegen wollten die Rechtsanwälte die „Freiheit“ der Unorganisierten verteidigen. Die Gewerkschaften hätten kein Recht zu ihren Forderungen, da die Mehrzahl der Arbeiter nicht Mitglieder der Gewerkschaften seien. Bei der Gegnerschaft der Gewerkschaften gegen die Zulassung der Rechtsanwälte spiele die Angst der Gewerkschaftsführer, ihre Stellung zu verlieren, eine Rolle. Ein Rechtsanwalt äußerte, wenn das Arbeitsgerichtsgesetz, so wie es der Entwurf vorsehe, verabschiedet werde, müsse der Reichsjustizminister zurücktreten, da er das „Recht“ nicht an Laien ausliefern lassen dürfe. Das waren die „Hauptargumente“.

Ein Vertreter der Richter sagte den Rechtsanwälten die vollste Unterstützung der deutschen Richter in diesem Kampfe zu und gab der Hoffnung Ausdruck, daß dafür die Rechtsanwälte für die Eingliederung der Arbeitsgerichtsbarkeit in die ordentlichen Gerichte Seite an Seite mit den Richtern kämpfen würden.

Der Vertreter der Bauernvereine „dankte den Rechtsanwälten für ihren mannhaften Kampf, der auch im Interesse der notleidenden Landwirtschaft liege, die das Geld, um an den Gerichtsort zu fahren, nicht aufbringen könne (aber natürlich die Mittel hat, um die Rechtsanwälte zu bezahlen). Die alte Zeit müsse wieder kommen, wo man nicht mehr Landwirtschaftsgehilfen, sondern wieder „Dienstmägde“ habe. Die „sozialen Geleise“ müsse man alle abschaffen.

Diesen Anfinn hörte sich die Elite der deutschen Rechtsanwälte, die weißtischliche Rechtsanwälte, ruhig an, kein Protest wurde laut, aber dem Redner wurde am Schluß seiner „Ausführungen“ frenetischer Beifall gesendet.

Die anwesenden sozialdemokratischen Anwälte sagten zu alledem kein Wort, ja, sie vertraten durch ihren Kollegen Saenger noch ausdrücklich die „Ansicht“ der andern. Vom Arbeitsrecht, vom Gewerkschaftsrecht, vom Denken und Fühlen der Arbeiter und Angestellten verpürte man in dieser Versammlung keinen Hauch. Nur den anwesenden Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen standen die Haare zu Berge.

Das zu schaffende Arbeitsgerichtsgesetz wird die Verhältnisse aller Arbeiter, Angestellten und der Gewerkschaften sehr ein-

schneidend berühren. Die Gewerkschaften werden alle Energie aufwenden müssen, um drohende Gefahren zu bannen. Dabei müssen die Gewerkschaften die Richter und die Rechtsanwälte als ihre Gegner ansehen. Glücklicherweise sind die Arbeiter und Angestellten aller Gewerkschaftsrichtungen darin einig, daß die Rechtsanwälte in der ersten Instanz nicht notwendig, sondern eine Gefahr sind. Die vollkommene Richtigkeit dieser Auffassung hat die Besprechung der hauptstädtischen Rechtsanwälte erneut erwiesen.

## Was Arbeiterdelegationen nach Rußland wert sind.

Die deutschen Kommunisten bemühen sich krampfhaft, die Kosten, die sie auf deutsche Arbeiterdelegationen nach Rußland verwenden haben, für sich praktisch in den Gewerkschaften und ihren Zusammenkünften auszuwerten. Auch in einzelnen Orten unseres Verbandes wird in den Mitgliederversammlungen regelmäßig am Schluß immer wieder von neuem versucht, den Antrag durchzubringen, den Bericht einer solchen Rußlanddelegation zu hören. Die Redaktion des Steinarbeiters steht den russischen Verhältnissen in ihrem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Unter- und Ueberbau gewiß nicht feindselig gegenüber, sie hätte dazu auch nicht die geringste Ursache, ratet aber doch dringlich, dem agitatorischen Unfug der deutschen KP. durch bündige Ablehnung solcher Berichterstattungsanstrengungen ein Ende zu machen. Ebenso möchten unsere Kollegen auch in den Sitzungen und Versammlungen der Ortsausschüsse, der örtlichen Gewerkschaften handeln. Einen vernünftigen Beschluß nach dieser Richtung hat die Berliner Zahlstellenversammlung unseres Verbandes gefaßt. Sie will schon einen solchen Bericht entgegennehmen, aber nur von einer Delegation, die mit eigenem Dolmetscher und in jeder Hinsicht ungehindert Rußland bereist hat. Unsere Kollegen und Verbandsmitglieder dürften bekannt sein, daß bisher jeder Delegation mit einem nicht russisch geredichten Dolmetscher die Einreise verweigert wird. (Bergarbeiterverband und anderen.) Diese Haltung muß doch jeden denkenden Arbeiter stutzig machen.

Die Gewerkschaftszeitung schildert in der Nr. 45 rein sachlich an Hand der Tatsachen, wie sie in Rußland selbst liegen, daß es für den Ausländer in Rußland gar keine Möglichkeit gibt, sich objektiv über die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu unterrichten, was doch wohl in erster Linie die Aufgabe einer Gewerkschaftsdelegation wäre. Nur wer Einblick in das Wirtschaftsleben erlangt, kann sich ein zutreffendes Urteil auch über das Gewerkschaftsleben eines Landes bilden. Außerdem ergibt sich ja auch aus dem, was man bisher über die Berichte der Rußlandreisenden gehört hat, daß man ihnen dort in „ausgiebigem“ Maße die Wirtschaft des Landes „gezeigt“ hat. Das heißt, man hat sie das sehen lassen, was sie sehen sollten. Viel kann es ohnehin nicht gewesen sein, da die guten Leute von den 42 Tagen, die sie in Rußland zugebracht haben, allein wenigstens 21 Tage (zu über 12 Stunden gerechnet), auf der Eisenbahn verbracht haben, wobei wir die deutschen Schnellzugsgeschwindigkeiten rechnen und uns im übrigen an die Angaben der Delegation selbst halten.

Wir sagten, es sei gar nicht möglich, sich in Rußland als Ausländer einen wirklich objektiven Einblick in die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu verschaffen. Das um deswillen nicht, weil es gefährlich ist — gefährlich sowohl für den, der Einblick sucht, als auch für den, der ihn gewährt. Die Gefahr beruht in dem russischen Gesetz über „Wirtschaftsspionage“, das sehr hohe Strafen vorsieht. Es ist das ein Delikt, das man in anderen Ländern überhaupt nicht kennt. Daß das Gesetz nicht auf dem Papier steht, sondern tatsächlich angewandt wird, hat man anlässlich des Prozesses gegen die deutschen Studenten erfahren. Diese waren allerdings auch noch anderer Delikte angeklagt. Wir wollen uns einer kritischen Würdigung dieses „Rechtsverfahrens“ an dieser Stelle enthalten. Nun ist aber neuerdings ein Dekret in der amtlichen russischen Zeitschrift *Iswestija* veröffentlicht worden, das eine gewisse Neuregelung des Gesetzes über Wirtschaftsspionage bedeutet, aber die Gefahren für Ausländer, die wirklich etwas erfahren wollen, keineswegs lindert oder die Strafen mildert. Gemäß dieser Verordnung wird das Höchstmaß der Strafe, soweit es sich nicht um Verletzung direkter Staatsgeheimnisse handelt, bis 3 Jahre Gefängnis festgesetzt. Strafbar ist laut Dekret auch das Sammeln von wirtschaftlichen Informationen, die ihrem Inhalt nach kein besonderes Staatsgeheimnis bilden, aber auf Grund der bestehenden Gesetze oder Verfügungen verschiedener Behörden, Institutionen und Unternehmungen nicht veröffentlicht werden sollen. Einer Strafe unterliegt desgleichen die Uebergabe ähnlicher Informationen unentgeltlich oder gegen eine bestimmte Entschädigung an andere Staaten und Organisationen, wie auch Privatpersonen. Man könnte beinahe zu der Annahme gelangen, diese Verordnung sei gerade aus Anlaß der Anwesenheit der deutschen Arbeiterdelegation erlassen worden, um zu verhindern, daß sie irgendwelche anderen als amtliche Informationen erhalten. Jedenfalls möchten wir den deutschen Arbeiter oder sonstigen wirklich Wissensdurstigen sehen, der unter solchen Gesetzesbestimmungen in Rußland über wirtschaftliche Dinge mehr erfährt, als die Sowjetgewaltigen ihn wissen zu lassen für gut befinden. Solange sich die russischen Gewaltthäter nicht dazu entschließen können, dem Ausländer wenigstens das Maß von persönlicher Bewegungsfreiheit einzuräumen, das er in den von der „verrotteten Bourgeoisie“ regierten Ländern ohne weiteres genießt, haben alle Delegationen nach Rußland gar keinen Wert, und mögen sie mit noch so großem Tamtam in Szene gesetzt werden.

## Die Freizeit der Jugend.

Am 6. und 7. Oktober veranstaltete der Ausschuß der deutschen Jugendverbände in Kassel eine große öffentliche Tagung, die unter obigem Titel die Fragen der Verkürzung der Arbeitszeit und der Gewährung eines mehrwöchentlichen bezahlten Urlaubs für die erwerbstätige Jugend bis zum 18. Lebensjahre behandelte. An der Veranstaltung nahmen außer den Vertretern der dem Ausschuß angeschlossenen 74 Jugendverbände eine große Anzahl von Vertretern der Behörden, der freien Wohlfahrtskörperschaften und der Arbeiterschaft teil. So waren anwesend Vertreter der Landesregierung Preußens, Badens, Sachsens, Hamburgs, verschiedener Oberpräsidien, Regierungspräsidien und Provinzialverwaltungen, Landes- und Stadtjugendämter. Weiter waren vertreten Abgeordnete der Parlamente des Reiches und der Länder, Gewerkschaftsbeamte, Berufsschuldirektoren, Vertreter der Sozialversicherung, des Reichsgesundheitsamtes und des holländischen Jugendführer-institutes. Dagegen fehlten Vertreter sowohl des Reichsarbeitsministeriums als des Reichsministeriums des Innern.

Von den großen freien Wohlfahrtsorganisationen hatten Delegierte entsandt der Caritasverband, der Hauptausschuß für Arbeiterwohlstand, die Innere Mission.

Die Tagung hatte sich zum Ziel gesetzt, vor der Öffentlichkeit den Nachweis von der Notwendigkeit, Durchführbarkeit und zweckmäßigen Verwendung der vom Ausschuß in einstimmiger Entscheidung geforderten Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden und gesetzlichen Festlegung von zwei, bzw. drei Wochen Ferien pro Jahr zu bringen.

Am ersten Tage begründete Oberregierungsrat Dr. Boguski die Notwendigkeit der Forderung vom Standpunkte der gesundheitlichen Verhältnisse der erwerbstätigen Jugendlichen. Er entwickelte auf Grund eines ausgezeichneten, reichhaltigen, statistischen Materials ein erschütterndes Bild von dem Gesundheitszustand des Nachwuchses unseres Volkes und forderte eine gesetzliche Festlegung der Ausschuß-Beschlüsse, um den weiteren Raubbau an der jugendlichen Arbeitskraft zu verhindern. In der Aussprache ergänzten verschiedene Redner die Ausführungen des Referenten durch Berichte über die unangenehme soziale Lage der Jugend in einzelnen Wirtschaftszweigen.

Ministerialrat Professor Dr. Ziermann vom Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe behandelte in einem tief-schürfenden Vortrage die pädagogische Bedeutung der Freizeit. Er wies überzeugend nach, daß der Mensch, insbesondere der Jugendliche, zur Ausübung seines Lebens einer ausreichenden Ruhezeit bedarf. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die einer gezielten Durchführung entgegenstehen, sei ein langer Atem nötig. In der Aussprache wies Ministerialrat Kistau vom Sächsischen Arbeits- und Wohlfahrtsministerium nach, daß die gesetzliche Sicherung einer ausreichenden Freizeit für die Jugend eine staatspolitische Notwendigkeit ist.

Am zweiten Tage referierte Dr. H. Stammler, Berlin, als Nationalökonom über die wirtschaftliche Durchführbarkeit der von der gesamten deutschen Jugend erhobenen Forderungen. Er stellt fest, daß sie betriebstechnisch als auch finanziell möglich und tragbar ist. Pfarrer Donndorf, Hamburg, vertrat unter lebhafter Zustimmung der Versammlung die Auffassung, daß die Frage der Durchführbarkeit nicht nur vom Standpunkte der Wirtschaft zu entscheiden ist, sondern daß es sich beim Schutz der Jugend im Arbeitsprozeß um die Erhaltung der geistigen und seelischen Güter der Nation handeln muß als einer Zukunftsfrage des deutschen Volkes und daß der Staat verpflichtet ist, für den Schutz der Jugend einzutreten. Dr. Lemmer von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände stellte fest, daß die Arbeitgeber-schaft der deutschen Industrie die Berechtigung und die Notwendigkeit der Ansprüche der Jugend grundsätzlich anerkennt; aber er war der Auffassung, daß der Stand der deutschen Wirtschaft eine gesetzliche Regelung der Frage verbietet, sie jedoch auf dem Wege der tariflichen Regelung der Verwirklichung näherbringen kann. Obwohl im Verlauf der Aussprache die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht verkannt wurden, brachte die Konferenz ihre Meinung in der einstimmigen Annahme folgender durch Generalpräsidenten Mosterts begründete Entschließung zum Ausdruck:

„Die öffentliche Tagung des Ausschusses der deutschen Jugendverbände ist durch die Vorträge des Herrn Oberregierungsrats Dr. Boguski zum Reichsgesundheitsamt über „Die Bedeutung der Freizeit für die Gesundheit der erwerbstätigen Jugend!“ — des Herrn Ministerialrat Dr. Ziermann vom preussischen Handelsministerium über die „Bedeutung der Freizeit bei der Erziehung der erwerbstätigen Jugend“ und des Herrn Dr. Stammler von der Sozialpolitischen Abteilung der Siemenswerke über die „Wirtschaftliche Durchführbarkeit einer jährlichen Urlaubszeit der erwerbstätigen Jugend“ sowie durch die weiteren in der Aussprache erbrachten Belege aufs stärkste überzeugt worden, daß die Forderungen des Ausschusses der deutschen Jugendverbände vom Januar und April 1925 zur gesetzlichen Regelung der Arbeits- und Freizeit der erwerbstätigen Jugend von der Gesetzgebung bald erfüllt werden müssen, wenn nicht die gesundheitliche, geistige und wirtschaftliche Volkstraft größten dauernden Schäden erleiden soll.

Sie bittet alle Organisationen und behördlichen Stellen der Jugend- und Volkswohlfahrt, sich den wohlbegründeten einmütigen Forderungen der 74 Jugendverbände aller Richtungen anzuschließen und ihnen zur baldigsten Durchführung zu verhelfen.

Sie erwartet von den Trägern des Wirtschaftslebens, daß sie die Volksnotwendigkeiten dieser Forderungen nicht verkennen und ihrer Durchführung keine Hindernisse entgegenstellen.“

Den Schluß der Tagung bildeten mehrere Referate über die zweckmäßige Verwendung der Freizeit der Jugend. So sprachen Mag Westphal und Fräulein Anna Schulte als Vertreter der Jugendverbände über die Mithilfe der Jugendorganisationen. Westphal betonte, daß die Jugendverbände ihrer Verantwortung für richtige Verwertung der Freizeit sich durchaus bewußt sind. Beide Referenten führten aus, was die Jugendverbände in dieser Hinsicht bereits auf diesem Gebiete leisten. Oberbürgermeister Dr. Luppe-Kürnberg behandelte die Mithilfe der Gemeinden. Er forderte vor allem die Ausdehnung der Erholungsfürsorge auf die Spielfläche, der Bäder, der Jugendheime und -herbergen. Er verlangte nachdrücklich, daß bis zur Schaffung einer ausreichenden Jugendpflege und Jugendbewegung Schulräume kostenlos zur Verfügung stellen. Regierungsrat Heder, Düsseldorf, sprach über die Mithilfe der Länder, die in der Unterstützung bei der Ausbildung von Jugendführern, Bereitstellung von Räumlichkeiten und von Geldmitteln bestehen soll. Direktor Rohon von der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin trat für weitgehende Mithilfe der Krankenkassen und Versicherungsanstalten unter dem Gesichtspunkte der vorbeugenden Fürsorge für Jugendliche ein. Pfarrer Doelker-Stuttgart wies auf die Aufgabe der freien Wohlfahrtsorganisationen hin, in weitgehendem Maße an der förderlichen Verwendung der Freizeit durch Bereitstellung ihrer Einrichtungen mitzuarbeiten. Er forderte das Zusammenwirken dieser Organisationen mit den Trägern der Sozialversicherung, der Gesundheits- und Jugendämter.

Die Tagung erbrachte den Beweis, daß das einmütige Vorgehen der Jugendverbände in der Frage der Freizeit für die erwerbstätige Jugend sich stützen kann auf die Zustimmung aller um das Volkswohl bemühten öffentlichen und freien Körperschaften.

## Aus den Handelsvertragsverhandlungen.

In den Oktober- und Novembertagen haben die Handelsvertragsverhandlungen wieder ein schnelleres Tempo angenommen. Arbeiter, Beamte und Angestellte sind an diesen Verhandlungen stark interessiert. Bekanntlich bieten sie das Mittel, die ungeheuer hohen Sätze des neuen deutschen Zolltarifs herabzusetzen. Das Verprechen ist ja auch von der Regierung Luther bei Gelegenheit der Annahme des Zolltarifs im Reichstage gegeben worden. Bis jetzt haben wir allerdings von der Erfüllung dieses Verprechens so gut wie gar nichts gemerkt. Die Regierung Luther ist ihrem Grundsatz, dem Verbraucher alle Last und dem Erzeuger und Händler alle Vorteile, treu geblieben. Dafür sorgte schon der deutschnationale Einschlag des Kabinetts Luther. Allerdings ist jetzt durch die eingetretenen Wendungen auf politischem Gebiet — Austritt der Deutschen aus der Regierung — die Lage für die notwendigen Ermäßigungen der deutschen autonomen Zollsätze günstiger als früher. Zu bedauern ist immer noch, daß ein so wichtiger Wirtschaftsfaktor wie die Gewerkschaften nicht in sämtlichen Handelsdelegationen vertreten ist. Hier liegt wirklich ein Veräumnis vor, das die Regierung in kürzester Zeit gutmachen muß.

Wie notwendig eine starke Vertretung der deutschen Gewerkschaften in den Handelsdelegationen ist, beweist am besten der neue Handelskrieg mit Spanien. Wir sind der Auffassung, daß die deutsche Seite nicht so ganz unschuldig an der eingetretenen Zuspitzung der Sachlage ist und haben das Gefühl, daß durch einen unparteiischen Faktor, wie die Gewerkschaften, der ganzen Entwicklung ein anderer Weg hätte gegeben werden können. Bekanntlich hat Deutschland das vorläufige Handelsabkommen mit Spanien gekündigt. Verantwortlich für die Kündigung sind die Deutschnationalen, die sie im Reichstag, in offener Feldschlacht gegen ihre eigene Regierung erzwangen. Dabei ließen sich die Deutschnationalen durchweg von agitatorischen Momenten leiten. Sie wollten dem deutschen Winzer und dem deutschen Obstbauer, den man für die Durchsetzung der Zollwünsche brauchte, mal zeigen, wie man für ihn eintritt. Nun sind im ganzen Jahre 1924 spanische Weine und Süßfrüchte in Höhe von 49,1 Millionen Mark nach Deutschland eingeführt worden. Unter Einfluß des neuen Handelsvertrages steigerte sich die Einfuhr an Weinen und Süßfrüchten aus Spanien nach Deutschland im Laufe des ersten Halbjahres 1925 auf allerdings 52,4 Millionen Mark. Durch solche Zahlen glaubt man der Welt weismachen zu können, der deutsche Wein- und Obstbau sei durch die spanische Einfuhr bedroht. Dagegen muß man aber bedenken, daß die deutsche Ausfuhr nach Spanien im ganzen Jahr 1924 rund 78,9 Millionen Mark betrug. Sie konnte auf Grund des neuen Handelsvertrages allein im ersten Halbjahr 1925 auf 69,2 Millionen gesteigert werden. Ohne Zwei-

fel — und das beweisen die Zahlen — ist eine Verringerung der ganzen Lage zugunsten Deutschlands eingetreten. Trotzdem kam die Kündigung des Vertrages. Heute befinden wir uns im schönsten Zollkrieg mit Spanien. Spanien unterwerfen die deutsche Waren-einfuhr den Höchstzöllen und einem Balutazuschlag, der noch aus der Zeit der großen Inflation stammt. Dadurch wird die deutsche Wareneinfuhr nach Spanien sogar wie unmöglich gemacht. Deutschland dagegen nimmt eine Erhöhung der Zölle auf die Einfuhr von spanischen Artikeln nach Deutschland vor. Besonders wird dadurch die Einfuhr von spanischen Süßfrüchten getroffen. Augenblicklich ist die Ernte in Spanien in vollem Gange. Der spanische Bauer ist bei der Verwertung der Ernte in weitem Maße auf Deutschland angewiesen, das ungefähr 50 Prozent der gesamten spanischen Süßfrüchtere überhaupt aufnimmt. Die Folgen sind einmal erst die, daß bei uns das spanische Obst fehlt, weil in sämtlichen spanischen Häfen der Versand von Süßfrüchten hoffnungslos stockt.

Die Lage ist durchaus nicht optimistisch zu betrachten. Wir müssen uns auf einen zähen Kampf mit den Spaniern bereit machen. Es sind nun die Früchte deutschnationaler Demagogie. Erstmal werden wir einen harten Handelskrieg führen müssen, der dem Deutschtum keine Sympathien im Auslande einbringt, und dann werden wir zu guter Letzt doch den gefündigten Handelsvertrag als Ausgangspunkt für neue Verhandlungen akzeptieren müssen. So wunderbar sieht deutschnationale Wirtschaftspolitik aus!

So stehen wir mit zwei Staaten, nämlich mit Polen und mit Spanien, im regelrechten Zollkrieg, der viel kostet und nichts einbringt. Beide Zollkriege hätten sich bei einer vernünftigen Politik und bei Ausfaltung der politischen Hege, wie wir sie von den Deutschnationalen kennen, vermeiden lassen. Mit Polen scheitern sich die Dinge, nachdem hüben und drüben der erste Zoll verbracht ist, wieder einzurufen zu wollen. Polen hat einen neuen Zolltarif aufgestellt, der am 1. Januar 1926 in Kraft treten soll. Er sieht wesentliche Zollerhöhungen vor, die sich im Durchschnitt um 20 bis 25 Prozent herum bewegen. Erheblich höhere Sätze sind vorgezogen für die Erzeugnisse der deutschen Tabakindustrie, für elektrotechnische und keramische Artikel, für Glaswaren, Autoreifen usw. Die neuen Zollsätze sind bereits der deutschen Handelsdelegation übergeben worden und man rechnet mit einer Wiederaufnahme der in diesem Frühommer abgebrochenen Verhandlungen in kürzester Zeit. Wie bekannt, sitzen in beiden Delegationen Vertreter der deutschen und polnischen Gewerkschaften. Es handelt sich um die Genossen Diamant-Warjahn und Eggert-Berlin.

Mit Italien ist es gelungen, einen Handelsvertrag fertigzustellen, der vorerst einmal 5 Jahre läuft und nach 2 Jahren zum ersten Mal zu kündigen ist. Das Abkommen basiert auf der beiderseitigen Meistbegünstigung. In deutschen industriellen Kreisen spricht man sich, wenn die deutsche Automobil-, Rumpffabrik- und die deutsche Haarfärbemittelindustrie nicht auf ihre Kosten gekommen ist, durch den Vertrag eine außerordentliche Belebung des deutsch-italienischen Handelsverkehrs. In welchem Maße heute die Vorstellungen von Krieg und Kriegsgrünung noch die reinen kaufmännischen Handelsvertragsgeschäfte beeinflussen, geht aus der Tatsache hervor, daß die italienische Delegation sich stark sträubte, die die deutsche chemische Industrie Konzessionen zu machen. Die Italiener wiesen darauf hin, daß ihre chemische Industrie Kriegsindustrie sei und unter allen Umständen geschützt werden müsse. Im übrigen beweist diese Tatsache, welchen starken Einfluß die italienischen Industriellen heute auf Mussolini ausüben.

Mit England haben in London neue Verhandlungen begonnen. Sie erstrecken sich auf Zollserhöhungen, wie sie in beiden Ländern nach Abschluß des deutsch-englischen Handelsvertrages im Dezember 1924 vorgenommen worden sind. Diese Verhandlungen betreffen den Vertrag weniger an und für sich. Es ist mit einem glatten Verlauf der Verhandlungen zu rechnen. Schwieriger werden sich die Verhandlungen mit Holland gestalten. Hier spielt der Zoll auf schwere Dele eine große Rolle. Das Interesse der holländischen Delegationen geht hier mit dem der deutschen Margarinefabrikanten Hand in Hand. Diese gebrauchen im Sommer große Mengen an schweren Dele, die jetzt mit einem Einfuhrzoll von 50 Mark pro Tonne belastet sind. Der Verkauf der deutsch-holländischen Verhandlungen wird zum größten Teil davon abhängen, inwieweit man hier eine Einigung findet.

## Neue Bücher, Zeitschriften.

„Die Arbeit“, Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber Theodor Leipart 1925, Heft 10, 64 S., Preis 1 Mark.

Das Oktoberheft der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaftsbewegung enthält eine Reihe von beachtenswerten Aufsätzen, die sich mit der Lage der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft sowie den Forderungen beschäftigen, die sich für die Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften aus ihr ergeben. Dr. Judith Grünfeld behandelt „Die weltwirtschaftliche Krise“, Dr. Hans Arons knüpft an die Beschlüsse des 12. Gewerkschaftskongresses mit seinem Aufsatz „Zur Forderung einer Produktionsstatistik“ an, Dr. Kurt Bloch legt „Die Probleme des Agrarkredits“ auseinander, während Dr. von Ungern-Sternberg in dem Artikel „Industrieorganisatorische Zeitfragen“ Wege zur Umgestaltung der Organisation der Wirtschaft weist.

Zwei andere Aufsätze sind Problemen gewidmet, die sich aus der Auseinandersetzung mit gegnerischen und fremden Denkreisen ergeben. Dr. Annemarie Herberg unterzieht die philosophischen Anschauungen des in Arbeiterkreisen sehr geschätzten Soziologen Dunmann einer gründlichen und scharfen Kritik. Dr. Bruno Broeder untersucht die Ideologie der deutschen Studentenschaft und zeigt auf, wo sich Möglichkeiten einer auf tieferes gegenseitiges Verstehen gegründeten Annäherung bieten.

Unter den zahlreichen Artikeln der Rundschau sei diesmal besonders auf die Uebersicht „Ergebnisse der Arbeitswissenschaft“ hingewiesen, in der Dr. Lipmann auf die Notwendigkeit hinweist, daß die Gewerkschaften bereits veröffentlichte und noch nicht veröffentlichte Ergebnisse von Betriebsstatistiken dem Institut für angewandte Psychologie in Berlin zur weiteren Bearbeitung zuleiten sollten.

„Tagebuch eines Betriebsrats“. Herausgegeben vom Deutschen Textilarbeiterverband. Verlag: Textil-Praxis, Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 34, Memeler Straße 8 und 9. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat sich mit der Herausgabe dieses Tagebuches eines Betriebsrats ein Verdienst erworben. In laufenden Einträgen berichtet hier ein Arbeiter aus einem großen Betrieb, der mit scharfer Beobachtungsgabe ausgestattet ist, über seine Erfahrungen als freigestellter Betriebsrat. Es ist nicht alles erbaulich, was er erzählt, viele Schwächen und menschliche Kleinlichkeiten treten in Erscheinung. Doch ist die Tendenz seiner Eintragungen offensichtlich nicht die, anzulagen oder herabzusetzen; ganz unverkennbar will der Tagebuchschreiber durch seine Veröffentlichung zur Selbsterkenntnis führen und damit den Weg zur Besserung eröffnen. Es geben aus den Aufzeichnungen noch hervor: Die Reibungen, Anfeindungen und Angriffe aus Parteilichkeit eines Teils der Arbeiterenschaft, die vielen Betriebsvertretungen schlechthin den Mut und die Tatkraft nehmen auf solchen Posten auszuhalten.

Der kleine Brodhaus wird mit der soeben erschienenen 10. Lieferung zum Abschluß gebracht. Reichhaltigkeit, klare Uebersicht und strengste Sachlichkeit sind wieder ihre wichtigsten Kennzeichen. Jedem können wir das Buch empfehlen, der kurze, aber genaue Antworten auf seine täglichen Fragen sofort haben will, ohne erst in vielen Bänden nachschlagen zu müssen. Der geringe Preis von 23 Mark ermöglicht jedem die Anschaffung des haltbaren und geschmackvollen Halbleinbandes. Wenn dieser Betrag auf einmal noch zu groß erscheint, der sei aufmerksam gemacht, daß das Werk auch weiterhin in zehn Lieferungen zu je 2,10 Mark bezogen werden kann. Wir weisen auch nochmals auf das Preisauschreiben hin, das bis zum 11. Januar 1926 sein Gültigkeit hat. Um den Hauptgewinn von 1800 Mark zu erhalten, bedarf es weiter nichts als — eines glücklichen Gedankens. Jeder wird aus dem Kleinen Brodhaus Nutzen ziehen; er stellt einen unentbehrlichen Freund und Helfer im geistigen Leben dar.